

Oktober 2008  
Ausgabe 12  
16. Legislatur

# Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen  
Grünen im Bundestag

## Bilanz 2005 - 2008



In dieser Ausgabe:

Kerstin Andreae  
Seite 3–6

Biggi Bender  
Seite 7–10

Alex Bonde  
Seite 11–14

Uschi Eid  
Seite 15–18

Winne Hermann  
Seite 19–22

Sylvia Kotting-Uhl  
Seite 23–26

Fritz Kuhn  
Seite 27–30

Gerhard Schick  
Seite 31–34

Impressum  
Seite 35





## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Seite 2

mit der Bundestagswahl 2005 sind acht baden-württembergische Grüne in den Bundestag eingezogen. Seither haben wir als Landesgruppe und in den verschiedenen Verantwortungsbereichen aktiv grüne Politik im Bundestag gemacht.

Die Mitglieder der Landesgruppe tragen in zentralen Themen Verantwortung für die Fraktion. Aus unseren Reihen kommen der Fraktionsvorsitzende und die FraktionssprecherInnen für Wirtschaft, Gesundheit, Haushalt, Auswärtige Kultur, Verkehr, Umwelt und Finanzen. Und auch in vielen weiteren Politikfeldern konnten wir als Gruppe und als einzelne Abgeordnete Akzente setzen.

Die Legislaturperiode war geprägt von der Trägheit und der Ambitionslosigkeit einer „Großen“ Koalition, bei der Regieren nur Selbstzweck war. Trotz satter Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat haben CDU und SPD wenig „Großes“ zustande bekommen. In unseren Themenbereichen haben wir die Koalition gestellt und versucht die große Herde der trägen Koalitionäre aus der Opposition heraus vor uns her zu treiben – nicht als Mecker-Opposition aus Selbstzweck, sondern anhand von Inhalten, Werten und Überzeugungen.

Wir halten Opposition -anders als die Müntefering-SPD- nicht für „Mist“, sondern für einen wichtigen Faktor der Politik und für eine verantwortungsvolle Aufgabe in der Demokratie. Wir sind als Fraktion nach der Wahl als „Ideenwerkstatt“ angetreten, um grüne Konzepte weiter zu entwickeln und neue Ideen auf die politische Agenda zu setzen. An vielen Stellen haben wir uns dabei offensiv mit der rot-grünen Regierungszeit (und schmerzhaften Kompromissen mit dem ehemaligen Koalitionspartner) auseinandergesetzt. Wir haben uns nicht gescheut deutlich zu machen, an welchen Stellen wir Errungenschaften verteidigen, aber auch wo wir das Erbe konstruktiv grün weiterentwickeln und verbessern wollen. Für unsere Arbeit gilt der Liedrefrain der Band „Die Ärzte“: „Es ist nicht Deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist - es wär´ nur Deine Schuld, wenn sie so bleibt!“

Mit unserem Landesgruppen-Rundbrief „SÜDWESTGRÜN“ haben wir regelmäßig über unsere Arbeit informiert. Die kompletten Ausgaben finden sich im Internet unter [www.suedwestgruen.de](http://www.suedwestgruen.de). Mit dieser Bilanz-Ausgabe wollen wir einen Rückblick auf diese Arbeit der letzten 3 Jahre werfen und den einen und anderen thematischen Ausblick auf grüne Themen und Projekte geben. Daher erscheint SÜDWESTGRÜN diesmal ausnahmsweise nicht nur digital, sondern auch gedruckt.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf die weitere aktive Zusammenarbeit und viele neue SÜDWESTGRÜN-AbonnentInnen!

Viele grüne Grüße



Alex Bonde MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg  
von Bündnis90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Südwest Grün | Oktober 2008





Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss



## Grüne Wirtschaftspolitik ist Politik für die Menschen

Seite 3

Die letzten sechs Jahre als Abgeordnete waren für mich äußerst spannend, abwechslungsreich, manches Mal auch schwierig. Ich bin sehr gerne Abgeordnete und möchte auch immer dazu beitragen, dass die Politik insgesamt, aber auch das Bild der Politikerinnen und Politiker in der Öffentlichkeit verbessert wird.

Von 2002 bis 2005 war ich als Obfrau im Finanzausschuss und als kommunalpolitische Sprecherin Mitglied einer Regierungsfraktion. Seit Februar 2007 bin ich wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen, diesmal in der Opposition. Wechselnde Perspektiven, wechselnde Schwerpunkte, aber immer grüne Politik nah an den Menschen. Ob im Wahlkreis oder auf der Berliner Bühne, ob vor Ort oder in der fachpolitischen Debatte, für mich gilt die Devise: Grüne Politik ist nachhaltig und zukunftsorientiert. Wir geben die Antworten für heute, morgen und übermorgen. Dafür will ich auch weiterhin gemeinsam mit Euch werben und kämpfen.

Also raus zu den Menschen, raus an den Wahlkampfstand, wir werden überzeugen, weil wir selber überzeugt sind, dass die Zukunft nur grün sein kann. Meine spezielle Aufgabe war und ist es, grüne Konzepte in der Ökonomie zu entwickeln. Nachhaltige Finanzen, grünes Wirtschaften – das treibe ich fachpolitisch voran. Grüne Wirtschaftspolitik hat vor allem auch das Handwerk, den Mittelstand, kleine Unternehmen und Selbstständige im Blick. Einen Einblick in meine thematischen Schwerpunkte will ich Euch im Folgenden vermitteln.

### Die Kommunalfinanzen sichern

Schwerpunkt meiner Arbeit als kommunalpolitische Sprecherin war es, die finanzielle Situation der Kommunen langfristig zu verbessern und zu sichern. Die demografische Entwicklung fordert die Kommunen sozial- und finanzpolitisch heraus. Alleine die zusätzlich notwendigen Aufgaben im Bereich der Unterbringung in Pflegeheimen, aber auch die Kosten für zusätzliche Betreuungseinrichtungen nicht nur für Kleinkinder wird die Kommunen viel Geld kosten.

Wir Grünen stehen hier Seit an Seit mit den Kommunen und wollen sie bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht alleine lassen. Umso notwendiger war es, mit unserem Beschluss zur Reform der Kommunalfinanzen deutlich zu machen, dass wir die Gewerbesteuer durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und Vergrößerung des Kreises der Steuerpflichtigen zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln und damit stabilisieren und weniger konjunkturanfällig machen wollen. In Gesprächen mit Gemeinderätinnen und -räten, Bürgermeistern und den kommunalen Spitzenverbänden bekommen wir hierfür viel Rückendeckung.

### Große Koalition belastet die Bürgerinnen und Bürger

Union und SPD wollen ihrer Klientel möglichst wenig zumuten. Große Koalition bedeutet daher eine Abkehr von solider Finanzpolitik, die Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen, ohne die Kosten dafür zu übernehmen und die teure finanzielle Entlastung für große Unternehmen auf Kosten des Mittelstandes und der kleinen Unternehmen. Statt der versprochenen größeren Senkung der Lohnnebenkosten kam die Mehrwertsteuererhöhung. Neue Schulden hat man trotzdem gemacht. 60 Mrd. € mehr hat die große Koalition an Steuereinnahmen zu verzeichnen, dennoch werden dieses Jahr weitere 10 Mrd. € neue Schulden draufgepackt. Wir Grünen haben diese falsche Weichenstellung heftig kritisiert.

Internationale Konjunkturrisiken wie die Finanzkrise, die Rezession in den USA, die hohen Rohstoff- und Energiepreise, die hohen Nahrungsmittelpreise und der starke Euro belasten zunehmend die deutsche Konjunktur. Statt mit Strukturreformen im Bereich der Sozialversicherungen gegenzusteuern, setzt die Große Koalition auf den Moloch Gesundheitsfonds.

Wir brauchen gezielte Anreize für neue und effiziente Verkehrs-, Energie- und Antriebstechnologien, die nachhaltig und preissenkend wirken.

Stattdessen kämpft Glos, der schlechteste Wirtschaftsminister aller Zeiten, für die alte Pendlerpauschale und die Atomindustrie.

### Ein Leitbild für das 21. Jahrhundert

Die grüne Fraktion hat das Gegenmodell zu dieser verantwortungslosen Wirtschaftspolitik entwickelt: die „Grüne Marktwirtschaft“. Diese haben wir auf der BDK in Nürnberg mit der Partei diskutiert.

Gerade marktwirtschaftliche Instrumente können zu Treibern einer ökologischen Wende werden. Preise müssen endlich die ökologische Wahrheit sagen. Funktionierender Wettbewerb ist ein hocheffizienter Weg, um innovative Lösungen für den Klimaschutz zu finden. Dafür brauchen Märkte allerdings auch eine gute Regulierung: ein starker Staat muss den Ordnungsrahmen setzen. Schließlich kümmert sich der Markt für sich alleine gelassen nicht um die Gemeinwohlorientierung und der Umwelt gibt er keine Stimme.

### Unternehmensgründungen erleichtern

In den letzten Jahren ist der Trend zur Existenz- und Unternehmensgründung rückläufig. Wir brauchen aber Gründerinnen und Gründer. Wir fordern dafür eine neue Kultur der Selbstständigkeit ein. Dazu gehört auch eine bessere Förderung der Unternehmensnachfolge, auch durch Töchter, MigrantInnen und Unternehmensfremde. Wir müssen die Unterstützung der Selbstständigkeit zielgruppenorientiert weiterentwickeln. Die Gründungsberatung wollen wir durch Lotsen vereinfachen, die in allen Phasen der Existenzgründung Unterstützung leisten.

90 % der Gründungen sind Solo-Gründungen. Durch die Personengesellschaft mit beschränkter Haftung (PmbH) wollen wir die Haftungsbeschränkung der GmbH mit der Besteuerung einer Personengesellschaft vereinen.

Wir unterstützen die Initiative der EU für die Ausweitung von Mikrokrediten für kleine Existenzgründungen. Die Sozialversicherung muss auch GründerInnen erfassen – während heute immer mehr Menschen notgedrungen Formen prekärer Selbstständigkeit wählen.

### Handwerk hat Grünen Boden

Grüne Marktwirtschaft setzt auf die Ideen der kleinen und mittleren Unternehmen. In der AG Handwerk diskutiere ich mit dem Bundesvorstand und Vertreterinnen und Vertretern der Grünen Landtagsfraktionen intensiv über grüne Handwerkspolitik. Auf vielen Veranstaltungen zum Thema habe ich erlebt, wie groß das Interesse des Handwerkes an unserer Politik ist. Grüne Energiepolitik und die Sicherung von Arbeitsplätzen sind zwei Seiten derselben Medaille.

Das hohe Qualitätsniveau des deutschen Handwerks ist ein Pfund im europäischen Wettbewerb, mit dem wir wuchern sollten. Die kleinen Handwerksunternehmen schaffen überproportional Arbeits- und Ausbildungsplätze. Sie engagieren sich in der Region für die ökologische Modernisierung, Klimaschutz, regenerative Energien und Energieeinsparung.

### Bürokratieabbau

Unter Bürokratiekosten und -aufwand leiden besonders kleine und mittlere Unternehmen. Die Große Koalition wird ihr Ziel, die Bürokratie bis 2011 um 25 % abzubauen, verfehlen. Dabei war schon dieses Ziel nicht ehrgeizig. Die Niederlande haben vorgemacht, wie mit vereinfachten Verfahren und weniger Informationspflichten die Unternehmen massiv von unnötigen Kosten befreit werden konnten. Bei uns ist das umgekehrt: Seit Dezember 2006 hat die Große Koalition 500 neue Informationspflichten eingeführt – und nur 132 abgeschafft.

### 300 Milliarden - ohne Verantwortung?

Auch bei der öffentlichen Auftragsvergabe haben kleine und mittlere Unternehmen das Nachsehen. Sie können die vielen komplizierten Verfahrensvorschriften kaum bewältigen. 300 Mrd. € gibt der Staat jährlich für öffentliche Aufträge aus, 13 % des Brutto-Inlands-Produkts. Ökologische und soziale Kriterien spielen kaum eine Rolle. Die große Koalition drückt sich weiterhin um eine grundlegende Reform des Vergaberechts. Die ExpertInnen aus NGOs, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden haben auf unserer Fachtagung im Februar 2008 die Forderung nach grundlegenden Änderungen unterstützt. Wir wollen den Rechtsschutz vereinheitlichen und klare soziale und ökologische Kriterien definieren.

Ein Korruptionsregister verhindert, dass betrügerische Unternehmen Partner der öffentlichen Hand werden. Prüfungsvoraussetzungen, die kleinere Unternehmen benachteiligen, wollen wir reduzieren. Hier unterstützen wir nachdrücklich die Forderungen von Transparency International.

### Unternehmerische Verantwortung

Die Korruptions- und Finanzskandale sowie die Entwicklung der Managergehälter in den letzten Jahren haben das Vertrauen der BürgerInnen in die deutsche Wirtschaft stark erschüttert - obwohl seit Februar 2002 in Deutschland der "Corporate Governance Kodex" gilt und jährlich überarbeitet wird. Wir wollen viele dieser Empfehlungen zur Unternehmensführung zum Gesetz machen. So muss z.B. der Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat untersagt werden, um Filz zu verhindern.

Im Bundestag haben wir beantragt, den Steuerabzug bei Manager-Abfindungen zu begrenzen. Leistung und Entlohnung stehen hier schon lange im falschen Verhältnis.

Da Manager-Abfindungen als Betriebsausgaben abzugsfähig sind, muss die Politik festlegen, in welchem Ausmaß die Allgemeinheit Manager mitfinanzieren soll.

### Echten Wettbewerb ermöglichen – Netze unter öffentliche Kontrolle

Bei den Energienetzen verhindert die Bundesregierung Wettbewerb und Energiewende. Wirtschaftsminister Glos muss seinen unsäglichen Widerstand gegen die Trennung von Übertragungsnetzen und Energieerzeugung endlich aufgeben.

Im grünen Antrag "Einheitliches Stromnetz schaffen – unabhängige Netzgesellschaft gründen!" beschreiben wir unser Konzept für eine unabhängige Netzgesellschaft. Wir wollen die Übertragungsnetze von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW in eine unabhängige Netzgesellschaft übertragen. So sichern wir faire Zugangsbedingungen für alternative Energieanbieter und schwächen dieses Oligopol, das auch 90 % des Stromes erzeugt. Durch eine Mehrheitsbeteiligung von Bund, Ländern und Kommunen wollen wir die öffentliche Kontrolle erleichtern. Energieanbieter haben in der Netzgesellschaft nichts zu suchen. Die Einnahmen sollen vorrangig zum Netzausbau verwandt werden.

Auch bei Bahn und Telekommunikation versagt die Bundesregierung ordnungspolitisch. Der jeweilige Ex-Monopolist soll das Netz behalten. Durch die Umsatzsteuerbefreiung hat die Deutsche Post AG einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil. Begründet wird dies mit den Vorgaben der Universaldienstverordnung für ein flächendeckendes Filial- und Zustellnetz. Uns überzeugt das genauso wenig wie der Börsengang der Bahn. Das Schienennetz muss in staatlicher Hand bleiben, auf der Schiene muss der Wettbewerb dagegen zum Zuge kommen.

## *Außenwirtschaft: internationale Regeln statt Populismus*

Der von der EU geforderte Verkauf der Energienetze durch die Großkonzerne dient der Bundesregierung als populistische Begründung für ihre Pläne, das Außenwirtschaftsgesetz zu ändern. Statt die Netze zu kontrollieren, will die Bundesregierung ausländische Beteiligungen an deutschen Unternehmen ab 25 % unter Genehmigungsvorbehalt stellen. Damit gefährdet sie den Investitionsstandort Deutschland massiv. Alle deutschen Dax-Unternehmen liegen über dieser Quote.

Die EU und die OECD arbeiten nun an internationalen Regeln für Staatsfonds. Unser Antrag für eine nachhaltige internationale Investitionspolitik beschreibt, wie wir die Markt- und Finanzmacht bedrohlicher Investoren – auch inländischer – generell begrenzen wollen.

## *Der Mensch im Mittelpunkt*

Zukunftsorientierte Politik braucht uns Grüne als kleinen und wendigen Partner, der den direkten Kontakt zu den Menschen über Klientelinteressen stellt. Mehr Wettbewerb, mehr VerbraucherInnenschutz, eine Politik für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Gründerinnen und Gründer, eine verantwortungsbewusste Vergabep Praxis, nachhaltige Finanzpolitik und die Sicherung der Kommunalfinanzen gibt es nur mit uns.

Für mich steht der Mensch im Mittelpunkt – gerade auch in der Wirtschaftspolitik. Die Anliegen, Wünsche und Sorgen des Einzelnen müssen der Gradmesser sein. Gerade in Zeiten eines rasanten Wandels brauchen die Menschen Sicherheit und das Vertrauen, dass sie nicht allein gelassen werden.

Weil es mir wichtig ist, mit möglichst vielen unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen, lege ich großen Wert auf die Wahlkreisarbeit. Ob Bürgeranfragen, Bürgersprechstunden, Podiumsdiskussionen, Besuche von sozialen und Bildungseinrichtungen vor Ort - der direkte Kontakt und das persönliche Gespräch sind eine Grundlage meiner Politik. Da geht es gerade im vermeintlich Kleinen darum, den Menschen die Politik nahe zu bringen, das schlechte Image der PolitikerInnen zu verbessern. Mit Fachkompetenz und Seriosität dem Populismus Paroli zu bieten, das sehe ich als meine tägliche Aufgabe an. Im Wahlkreis kommen alle Probleme des Lebens und alle Themen ungefiltert auf den Tisch. Das ist mir für meine Bodenhaftung genauso wichtig wie die direkte Diskussion mit Euch vor Ort im Kreisverband. Als Bundestagsabgeordnete sehe ich auch eine entscheidende Aufgabe darin, eine Scharnierfunktion zwischen Berlin und Baden-Württemberg einzunehmen. Politik glaubwürdig zu vermitteln und zwar in beide Richtungen, Ansprechpartnerin für alle zu sein, das charakterisiert mein Selbstverständnis.

Kerstin Andreae



## Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales



### ZU RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN ...

Seite 7

#### *Grüne Gesundheitspolitik mit Langzeitwirkung*

Gesundheitspolitik ist ständige Reformbaustelle, das bedeutet auch, oft in die Rolle der Watschenfrau zu geraten, wenn Ärztfunktionäre, Apothekenlobby, Pharmaindustrie, auch manche Selbsthilfegruppe ihre jeweiligen Interessen nicht gewahrt sehen. Ich war und bin also bestrebt, den jeweiligen „Feinden“ eine ernst genommene Gegnerin zu sein und immer wieder Verbündete zu suchen für eine patientenorientierte und sozial gerechte **Gesundheitspolitik**.

In der **Oppositionsrolle** war zunächst die Erfahrung, dass die Medien erstens der „großen“ Koalition mehr Handlungskompetenz („Durchregieren“) zutrauten und sich zweitens nur für Kontroversen innerhalb der neuen Regierung interessierten. Kritik an der Reformtrappe „Gesundheitsfonds“, Alternativvorschläge und neue Ideen gerieten anfangs bei Zeitung und Rundfunk in die „Ablage Papierkorb“. Entsprechend die Reaktion an der Basis: „Von Euch hört man ja gar nichts mehr...“ Wohl wahr, aber an Faulheit lag es nicht!

Also hieß es Debatten anstoßen, die über die Tagespolitik hinausgehen, Foren bieten für Debatten, die auch bei uns Emotionen wecken (z.B. die Haltung zum Impfen), verstärkt das Gespräch suchen mit kritischen ExpertInnen aus Hochschule und Praxis, und – natürlich – mehr Zeit vor Ort in Baden-Württemberg verbringen, um unsere Leute zu unterstützen und über die Lokalpresse grüne Themen zu setzen.

Ich habe in der Fraktion die Bildung einer AG „**Reform der sozialen Sicherungssysteme**“ vorgeschlagen und den Vorsitz übernommen. In diesem Gremium arbeiten wir an den „langen Linien“ der Sozialpolitik, und es hat sich,

gerade auch strömungsübergreifend bewährt als think tank für Konzepte. Neue Ideen zur Arbeitslosenversicherung, z.B. zur Sicherung von Kunstschaffenden, veränderte Finanzierung von Eingliederungsleistungen, um die Integration von Menschen mit Behinderungen voranzubringen, Neuorganisation und Neuausrichtung der Leistungen von Berufsgenossenschaften sind Beispiele, die in entsprechende parlamentarische Initiativen der Fraktion gemündet sind. Besonders intensiv haben wir an einem Modell für die Reform der **Pflegeversicherung** und die Begleitung und Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen gearbeitet. Damit ist es meiner Kollegin Elisabeth Scharfenberg und mir gelungen, der Rumpfreform der Regierung ein schlüssiges Konzept zur nachhaltigen Finanzierung und zur würdevollen Begleitung der Betroffenen entgegenzusetzen. Auf einer „**Pflegetur**“ durch mehrere Bundesländer haben wir dafür sehr viel Zuspruch erfahren.

In der **Rentenpolitik** ist mir und meinen MitstreiterInnen wichtig, dass wir unser Ziel einer generationsgerechten Finanzierung, anders als die Linkspartei, nicht verlassen. Zusätzliche Sicherung (Garantierente) brauchen wir aber, damit Menschen mit geringen Verdiensten und/oder langen Phasen der Arbeitslosigkeit nicht in Altersarmut landen und die (Alters-)Grundsicherung nicht zu einer Überforderung der Kommunen wird. Statt des Nebeneinanders verschiedener Systeme, mit Schutzlosigkeit für die einen (kleine Selbstständige!) und Privilegien für die anderen (BeamtenInnen) muss eine einheitliche Sicherung für alle Berufsgruppen unser Ziel sein. Eine erste Diskussion zum Konzept der AG hat vor der Sommerpause in der Fraktion stattgefunden, die rentenpolitische Tagung des BuVo und der weitere Diskussionsprozess in der Fraktion werden eine gute Grundlage für die Debatte auf der BDK sein.

Wichtig ist mir auch mein Engagement in der **AG Bioethik**. Wir haben uns dort in der Debatte um embryonale Stammzellforschung gegen eine Verschiebung des „Stichtages“ (für den Import im Ausland erzeugter Stammzelllinien, die aus menschlichen Embryonen „gewonnen“ werden) entschieden. Nach intensiver Vorbereitung haben wir die Unterstützung fast der gesamten Fraktion gewonnen, in der Anhörung des Forschungsausschusses gute Argumente von den ExpertInnen „hervorzulocken“ gewusst und damit unserer Forschungsministerin Schavan das Leben auch in ihrer eigenen Fraktion nicht leicht gemacht. Ihren Amtswechsel von Stuttgart nach Berlin hatte sie in dieser Frage mit einer inhaltlichen Kehrtwende versehen. Am Ende hat sich bei der Abstimmung im Parlament, die für alle eine Gewissensentscheidung war, der Wille der Kanzlerin durchgesetzt. Ich bedaure das sehr, setze aber darauf, dass es für die Zukunft politische Skrupel geben wird und damit die befürchtete „ethische Wanderdüne“ nicht Wirklichkeit wird.

Beim Thema **„Patientenverfügung“**, also der Frage, ob und wie ein Mensch, der sich nicht mehr äußern kann, über seine medizinische Behandlung entscheiden kann und darf, gehen die Meinungen in der Fraktion so auseinander wie bei den anderen auch (Ausnahme FDP). Ich stehe auf der Seite derer, die das Entscheidungsrecht der PatientInnen über Art und Grenzen einer medizinischen Behandlung (und Pflege) auch für diesen Fall gewahrt sehen, und deshalb eine Patientenverfügung verbindlich machen wollen. An dem entsprechenden Gesetzesentwurf habe ich mitgearbeitet und für meinen Beitrag in der Debatte des Bundestages sehr viel Zuspruch von Euch, aber auch weit über die Grünen hinaus bekommen. Der Ausgang dieser schwierigen Entscheidung ist zur Zeit offen.

Ich bestehe auch deswegen mit Leidenschaft darauf, dass nicht am Lebensende ÄrztInnen oder JuristInnen über das „Wohl“ des Patienten, notfalls gegen dessen vorab erklärten Willen, bestimmen, weil diese Gering-schätzung einer eigenen Entscheidung einen großen Rückschritt bedeuten würde für das Verhältnis von Arzt oder Ärztin und PatientIn. Der Halbgott in Weiß gehört der Vergangenheit an, die Entscheidung zwischen verschiedenen therapeutischen Möglichkeiten muss im gemeinsamen Gespräch getroffen und nicht verordnet werden.

So sieht das auch ein großer Teil der Ärzteschaft. Deswegen haben wir uns gemeinsam gewehrt gegen die Zumutung der großen Koalition (in der letzten **Gesundheitsreform**), ÄrztInnen zu „Controlettis“ zu machen gegenüber ihren PatientInnen, die bei Versäumen bestimmter Untersuchungen, „selbstverschuldeten“ Krankheiten oder Verstößen gegen ärztliche Anweisungen mit Strafzahlungen belegt werden sollen. Gegen solche autoritären Politikansätze, die es bei CDU wie SPD gibt, will ich weiter kämpfen!

Damit bin ich wieder bei meinem Kernthema, der **Gesundheitspolitik**. Inzwischen ist die Reformtrappe „Gesundheitsfonds“ der Regierung ordentlich in Verruf geraten, und niemand glaubt mehr an die große Reformkraft der großen Koalition. Dazu haben wir nach Kräften beigetragen und sind neue Wege gegangen. Da uns CDU und SPD mit ihrer Mehrheit eine öffentliche Anhörung zu diesem Thema erst zu einem Zeitpunkt zugestehen wollten, wo jede Messe bereits gelesen wäre, habe ich Anfang September ein gemeinsames Fachgespräch mit der FDP zur Kritik am Gesundheitsfonds durchgeführt. Die eingeladenen ExpertInnen, von denen einige durchaus eine „klügere“ Fondslösung für möglich halten, haben mit ihrer Kritik an diesem Modell noch einmal Schwung in die Debatte gebracht



Grüne Aufgabe im Wahlkampf wird es sein, unsere Alternative der **Bürgerversicherung** als Idee und versehen mit Übergangsszenarien wieder in den Köpfen und Herzen der Menschen zu verankern. Es darf nicht bei der Zweiklassengesellschaft von privat und gesetzlich Versicherten bleiben, und nachhaltige Finanzierung ist und bleibt unser Thema.

Vieles in der Gesundheitspolitik dreht sich um Geld, um die Frage, ob und wo es richtig ausgegeben wird, wie wir Effizienz erhöhen können – zu Recht.

Oft aber geht es weniger um Geld aus dem Solidarsystem und trotzdem um politisches Rückgrat gegen starke Lobbys – so etwa beim Schutz vor **Passivrauchen**, bei der Frage der Transparenz von **Impfempfehlungen** oder bei der Gleichberechtigung der **Komplementär- bzw. Naturheilméizin**. Auf diesen Feldern haben wir durch Kampagnen und Fachforen Rückgrat gezeigt.

Wir brauchen konsequenten Nichtraucherenschutz, da ziehen wir in Bund und Land an einem Strang. Das Thema Impfen muss eine individuelle Entscheidung sein und bleiben. Wir haben dafür gesorgt, dass die Verflechtungen mit der Pharmaindustrie bei denen, die in einem Expertengremium Empfehlungen zu Impfungen geben, öffentlich werden. Und den Streit zwischen Schul- und Alternativmedizin haben wir vom Kulturkampf auf den Dialog über angemessene Verfahren für den Wirksamkeitsnachweis gebracht – das sind **grüne Erfolge** aus dieser Legislaturperiode, auf die ich stolz bin.

In der Debatte, aber noch nicht vom politischen Ergebnis her erfolgreich waren und sind wir beim Thema **Prävention**. Wir wissen, wie viele Krankheiten durch falsche Ernährung, Bewegungsmangel oder Stress entstehen, und dass wir gerade auch die Kinder aus sozial benachteiligten Familien erreichen müssen.

Über Wege dazu und Kontroversen, z.B. über die Frage, ob Prävention Geld sparen hilft, haben wir auf einem großen Kongress diskutiert.

Vertieft habe ich diese Themen bei gut besuchten Fachgesprächen zum Thema „Gender und Prävention“ oder „Psychische Gesundheit von Kindern“. Ich habe mich gefreut, dass diese Foren nicht nur bei der „Fachszene“ auf großes Interesse stießen, sondern auch viele Grüne aus den Kommunen dafür nach Berlin gekommen sind. Ab Ende September gehe ich mit dem Thema Prävention auf Tour, um vor Ort gute Projekte kennenzulernen und fachlichen Austausch mit Grünen und anderen Engagierten zu suchen.

Ein Thema, das viele grüne Kommunalos beschäftigt, ist die Zukunft des örtlichen Krankenhauses bzw. wie die ortsnahe Versorgung in Zukunft aussehen kann. Auch dazu bin ich vielen Einladungen von Euch zu Besuch und Diskussion gefolgt und habe dabei einige Anregungen mitgebracht. Für uns ist, anders als für manchen Lobbyvertreter, nicht der Erhalt einzelner Krankenhausbetten entscheidend, sondern eine gut abgestimmte Versorgung, zu der ein Krankenhaus wie auch eine Praxisklinik oder ein Geburtshaus gehören kann, in Kooperation mit den ambulant tätigen GesundheitsberuflerInnen. Über die zukünftige **Finanzierung der Krankenhäuser** stehen wir in Debatten mit unserer wie auch den anderen Landtagsfraktionen. Da gibt es regional sehr verschiedene Haltungen, die kaum unter einen Hut zu bringen sind; das ist in einer dezentral orientierten Partei auch kein Beinbruch.

Für ein **Gendiagnostikgesetz**, das Aufklärung und Beratung bei Entscheidungen über Gentests mit klaren Datenschutzregelungen verbindet, setzte ich mich seit der letzten Wahlperiode ein.

Vor 1 ½ Jahren haben wir Grünen ein umfassendes Gesetz in den Bundestag eingebracht. Im Moment kämpfe ich dafür, dass die massiven Lücken im gerade erst eingebrachten Regierungsentwurf geschlossen werden. Ein Gesetz, das die Forschung nicht regelt, die Interessen der Versicherungswirtschaft vor die der Versicherten stellt und Defizite beim Schutz von Kindern und Menschen mit Behinderungen aufweist, muss deutlich nachgebessert werden.

Ich nehme meine fachlichen Zuständigkeiten ernst, gucke aber auch gerne über den Tellerrand hinaus. So bin ich stv. Vorsitzende der **zentralasiatischen Parlamentariergruppe** – Begegnungen und Diskussionen mit diesen Abgeordneten, die nicht nach unseren demokratischen Standards gewählt sind und agieren können, sind nicht leicht, aber eine notwendige „Investition“ in weitere Entwicklung. Und ich engagiere mich im „Gesprächskreis Tibet“. Wir haben parteiübergreifend Veranstaltungen zu Menschenrechten und Pressefreiheit im Vorfeld der Olympiade organisiert und damit anfänglich nur Resonanz bei den bestehenden Initiativen gefunden. Aber wie Ihr wisst, ist die Lage in Tibet und die Perspektive für die TibeterInnen nach den Ereignissen vom Frühjahr ein weltweites Thema geworden. Als Grüne sollten wir dafür sorgen, dass die Aufmerksamkeit dafür nicht wieder einschläft.

Ansonsten vertrete ich die Fraktion (mit 2 KollegInnen) in der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung, was an einigen Wochenenden im Jahr spannenden Austausch bedeutet mit Intellektuellen aus unserem Umfeld, und mir ermöglicht, Ideen für die Stiftungsarbeit einzuspeisen.

Liebe Grüne, Ihr kennt mich, ich spreche politisch eine deutliche Sprache nach innen wie nach außen. Dabei bin ich teamfähig, fliehe nicht vor kontroversen Diskussionen und knicke vor keiner Lobby ein. Ich habe Lust weiterzumachen als Abgeordnete und grüne Konzepte, vorwiegend die sozialpolitischen, voranzubringen. Deswegen findet Ihr meine erneute Bewerbung in den Delegiertenunterlagen.

Herzliche Grüße aus Stuttgart

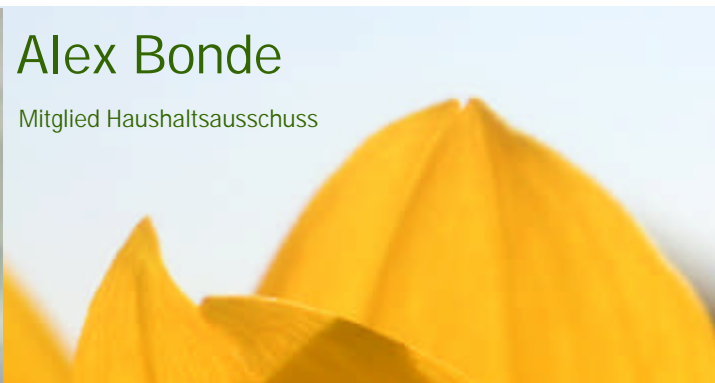
Biggi Bender

Alle die neugierig und an ausführlichen Infos interessiert sind, können unter [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) die Themen Prävention, Gesundheit, Bioethik, Pflege und Rente aufrufen oder sich auf meiner Homepage [www.biggi-bender.de](http://www.biggi-bender.de) umschaun.



## Alex Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss



*Mehr Morgen!*

Seite 11

Grüne Politik kümmert sich nicht nur um das Heute, sondern gerade um das Morgen und Übermorgen. Ich habe die letzten drei Jahre in zwei Politikfeldern Konzepte entwerfen dürfen, die grüne Zukunftsperspektive beschreiben. In der Haushaltspolitik sind Seriosität und Zukunftsfähigkeit der grüne Faden. In der Außen- und Sicherheitspolitik zeigen wir Grüne, dass Krisenprävention und internationale Gerechtigkeit die Schlüssel für Sicherheit und Frieden sind. Auf vier Seiten kann man dabei natürlich vieles nur anreißen, aber ich stehe wie immer für Rückfragen und ein persönliches Gespräch gerne zur Verfügung. Ausführlichere Informationen gibt es auch auf meiner Homepage: [www.alexbonde.de](http://www.alexbonde.de)

### *1. Nachhaltig grün Haushalten: Konsolidieren und Investieren*

Als haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion beschäftigt mich täglich die Frage der finanziellen Nachhaltigkeit und der Gerechtigkeit. Gerade in der Durchsetzung einer aktiven Klimaschutzpolitik, der nachhaltigen Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen durch eine grüne Marktwirtschaft und für die nachhaltige Stärkung der sozialen Sicherheitssysteme braucht es in der nächsten Legislaturperiode weiterhin eine starke grüne Haushaltspolitik.

Das alte grüne Motto „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!“ ist aktueller denn je. Wir sind noch weit davon entfernt, diesen zentralen Grundsatz bereits erfüllt zu haben. Jedes Jahr wachsen die Ausgaben im konsumtiven Bereich. Die Verschuldung verringert immer mehr den Handlungsspielraum des Staates. Als junger Vater beunruhigt es mich, dass öffentliche Investitionen und die Interessen der zukünftigen Generationen auf der

Strecke bleiben. Ich stehe als haushaltspolitischer Sprecher, trotz der notwendigen Haushaltssanierung, für die dringenden Zukunftsinvestitionen in Umwelt, Kinder, Bildung, Soziales und internationale Gerechtigkeit. Im Gegensatz zu CDU, SPD, FDP und LINKE sind wir bereit, Gegenfinanzierungen zu benennen und den Menschen offen Alternativen anzubieten. Eine ehrliche ökologische Politik muss ihre Forderungen immer mit realistischen Finanzierungsvorschlägen unterlegen und darf nie auf platte Verschuldung und Wachstumsphantasien setzen.

Die Koalition ist mit großen Versprechungen angetreten: Haushaltskonsolidierung und große Strukturreformen. Beides hat sie nicht erreicht. Wir grünen HaushaltspolitikerInnen verstehen uns als die Speerspitze konstruktiver Opposition. Dabei ist Haushaltspolitik kein Selbstzweck - sie ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Themen berührt.

Hierzu haben meine beiden grünen Kolleginnen im Ausschuss und ich zwei Konzepte entwickelt, die aufzeigen, dass Konsolidieren und Investieren keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen.

Mit unserem Konzept des grünen Zukunftshaushaltsgesetzes wollen wir eine Schuldenbremse in das Grundgesetz einbringen, die sich am Vorbild der Schweiz orientiert, aber konjunkturelles Atmen erlaubt und Kaputtsparen verhindert. Für den Staatshaushalt muss gelten: Ausgaben und Einnahmen müssen sich langfristig ausgleichen. Die Höhe der Ausgaben muss an die Entwicklung der Einnahmen gekoppelt werden. Dennoch muss gleichzeitig sichergestellt werden, dass diese Ausgaberegulierung nicht zu konjunkturellen Verwerfungen führt. Im Konjunkturabschwung müssen Ausgaben höher sein dürfen, aber in Phasen konjunktureller Belebung müssen

dementsprechende Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. Wäre Finanzminister Steinbrück unserem Vorschlag gefolgt, so hätten wir bereits in diesem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt. Deutschland wäre auf die weltweite Finanzkrise und den zu erwartenden Wachstumseinbruch vorbereitet.

Mit dem Klimaschutzhaushalt haben wir ein Konzept vorgelegt, mit dem wir für den Klimaschutz bis 2011 etwa 10 Mrd. Euro aufwenden, so z. B. für einen Stromsparmofonds, der die Anschaffung energiesparender Geräte unterstützt und mithilft, dass sozial Schwache bei den notwendigen Investitionen für das Energiesparen nicht abgehängt werden. Ökologisch schädliche Subventionen von über 20 Mrd. Euro wollen wir abbauen, darunter die Steuerbefreiung für Flugbenzin und die Ausnahmen bei der Ökosteuer. Insgesamt wollen wir so ein Finanzvolumen von 30 Mrd. Euro ökologisch und nachhaltig umschichten und könnten mindestens 30 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermeiden.

Die Verschwendung von Steuergeldern durch CDU und SPD greife ich kontinuierlich an. Alltäglich ist der Bonn-Berlin-Wahnsinn, den ich im Haushaltsausschuss immer wieder kritisiere. 750 Tonnen Regierungs-Post werden jährlich zwischen Berlin und Bonn hin- und her transportiert, ganz zu schweigen von dauernden Pendelflügen und doppelter Infrastruktur. Und das ist nur eines von vielen Beispielen.

Im Ausschuss koordiniere ich unter anderem als Hauptberichterstatter fraktionsübergreifend die Finanzierungsfragen der Entwicklungspolitik. Bis zur Wahl zum haushaltspolitischen Sprecher habe ich mich schwerpunktmäßig um die Finanzierung von Außen, Sicherheit, Entwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Innenpolitik gekümmert. Als Sprecher bin ich nun für die

Federführung in der haushaltspolitischen Linie verantwortlich. Dazu gehört auch der Umgang mit der Finanz- und Bankenkrise. Ich bin überzeugt, wir brauchen einen Untersuchungsausschuss, um die Sachverhalte wirklich aufzuklären und die defekte Bankenaufsicht neu aufstellen zu können. Zudem vertrete ich die Fraktion in der Föderalismuskommission.

## 2. Sicherheits- und Friedenspolitik muss grün sein

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik stellt neben der Haushaltspolitik meinen zweiten inhaltlichen Schwerpunkt dar. Besondere Bedeutung hatten hier in den letzten drei Jahren natürlich die Einsätze der Bundeswehr. Ich habe dabei immer intensiv abgewogen und mich verantwortungsbewusst an der Sache und meinem Gewissen orientiert – wo nötig auch in Differenz zur Fraktion. Den Kongo-Einsatz und den Einsatz der Tornados habe ich abgelehnt. Bei ISAF habe ich intensive Debatten in der Partei geführt und um die weitere Unterstützung der notwendigen militärischen Absicherung des Wiederaufbaus geworben.

Als Mitglied im Verteidigungsausschuss und der „Task Force Afghanistan“ der grünen Bundestagsfraktion waren die Bundeswehreinätze, vor allem aber der zivile Aufbau und die massive Stärkung der zivilen Krisenprävention wichtiges Thema für mich. Ich habe mich stark für den zivilen Strategiewechsel und das schnellstmögliche Ende der Kampfmission „Operation Enduring Freedom“ eingesetzt. Auch die schwierige Diskussion mit internationalen Partnern, wie etwa die direkte Auseinandersetzung mit US-Verteidigungsminister Gates auf der Münchner Sicherheitskonferenz, habe ich gesucht. Aber auch bei der Stabilisierungsmission ISAF streiten wir Grüne für den

Strategiewechsel hin zum verstärkten zivilen Aufbau - in der Öffentlichkeit, in den Bundestagsgremien und in internationalen Kreisen.

Mir ging es in der Sicherheitspolitik immer darum, die Frage nach dem „Wie geht es weiter?“ nicht auf das Militärische zu reduzieren. Bei meinen Besuchen in Afghanistan wurde immer deutlich, dass die Bundeswehr zwar zur Sicherheitslage beitragen kann, die grundlegenden Probleme aber nur mit zivilen Mitteln gelöst werden können. Daher ist es für uns Grüne wichtig, unseren umfassenden Sicherheitsbegriff nicht aus den Augen zu verlieren. Diplomatie, Staatsaufbau, zivile Wiederaufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind die Instrumente, auf die es wirklich ankommt. In der Kombination mit meinen Zuständigkeiten im Haushaltsausschuss habe ich versucht, zusätzliche zivile Spielräume zu schaffen. In diesem Bereich liegt das große Versäumnis deutschen Regierungshandelns.

Darüber hinaus waren in der Sicherheitspolitik Teil meiner Arbeit: der stockende Reform- und Verkleinerungsprozess der Bundeswehr, der Einsatz für die Abschaffung der Wehrpflicht, das Voranbringen von Abrüstung, die Auseinandersetzung mit der US-Raketenabwehr, die Forderung nach transparenten Regelungen und Eindämmung von Rüstungsexporten und die Rüstungspolitik der Bundeswehr. Über zwei Jahre war ich Mitglied im Untersuchungsausschuss „KSK / Kurnaz“.

Es gab viele politische Rückschläge – die schwarz-rote Regierung dreht viele sicherheits- und vor allem rüstungsexportpolitische Ansätze, die rot-grün verankert hatte, Stück für Stück zurück. Aber es gibt auch grünen Erfolge, die ich gemeinsam mit Winfried Nachtwei (der die Fraktion nach 15 Jahren leider verlassen wird) erzielen konnte. Erstens: Die Pläne zur Stationierung von US-Raketenabwehr-Systemen in Europa wären ohne meine

parlamentarischen Initiativen im Bundestag überhaupt nicht thematisiert worden - trotz der negativen abrüstungspolitischen Wirkungen. Auf unser Drängen hin gab die Bundesregierung wenigstens erstmals Untersuchungen zur Gefährdung Deutschlands und Europas in Auftrag. Zweitens: In der Abrüstungspolitik schwenkte die Regierung in diesem Jahr überraschend auf die grüne Linie ein und unterzeichnete in Dublin einen Entwurf zur Ächtung von Streumunition – ein Beispiel, dass Grüne auch in der Opposition über öffentlichen Druck gestalten können. Drittens: Den Export von deutschen U-Booten nach Pakistan konnten wir Grüne zwar aufdecken und an die Öffentlichkeit bringen, hier siegten aber industriepolitische Erwägungen der Bundesregierung über Verstand, Moral und die klaren Rüstungsexportrichtlinien.

Und Kosten und Struktur der Bundeswehr? Verteidigungsminister Jung ist ein Geschenk für jede Opposition - er ist ein Totalausfall als Minister. Nach dem Einleiten eines Reformprozesses zur Verkleinerung der Bundeswehr und dem Abspecken der Rüstungsprojekte durch Rot-Grün dreht die Koalition das Rad wieder zurück. Wenn die Bundeswehr gebraucht wird, dann für internationale Stabilisierung im Auftrag der Vereinten Nationen. Stattdessen werden sinnlose Milliardenausgaben in Rüstungsprojekte des Kalten Krieges getätigt. Für die Fraktion habe ich hart gegen unnötige Rüstungsprojekte wie das Kampfflugzeug Eurofighter, den Kampfhubschrauber „Tiger“, übertriebene Fregatten und Abwehrraketen gekämpft. Wir haben realisierbare Konzepte für das Aussetzen der Wehrpflicht und eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 200.000 Soldatinnen und Soldaten erarbeitet.

### 3. Mittendrin statt nur dabei

Die „dritte Säule“ meiner Schwerpunkte war und ist eine geographische: Baden-Württemberg. Hier im Schwarzwald lebe ich mit meiner Familie. Hier ist meine persönliche und politische Heimat.

Nur abgeschottet im Berliner Raumschiff zu sitzen ist nicht mein Ding. Die Stärke der grünen Politik liegt nach meiner Auffassung in der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure und in der direkten politischen Diskussion miteinander. Darum habe ich in meinem Newsletter ausführlich über meine politische Arbeit und die der Fraktion berichtet. Politische Vernetzung ist aber keine Einbahnstraße: Meine politische Arbeit ist geprägt von den Erfahrungen und den Eindrücken, die ich aus Debatten mit der grünen Basis und den Menschen aus Baden-Württemberg gewinne. Gerade auch als Vorsitzender der grünen Landesgruppe und als Mitglied im Landesvorstand war es mir besonders wichtig, für alle Kreisverbände und den Landesverband als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Meine Rolle als einziger baden-württembergischer Grünen-Abgeordneter aus einem ländlichen Wahlkreis habe ich dabei als besondere Verantwortung verstanden. Seit der Bundestagswahl habe ich in mit 42 der 46 baden-württembergischen Kreisverbände Veranstaltungen und Besuche gemacht – in vielen KV's mehrfach.

Dabei habe ich ein breites Themenspektrum abgedeckt: Neben aktuellen Berichten aus Berlin habe ich mit Euch Veranstaltungsreihen gemacht zu „Nachhaltige grüne Haushaltspolitik“, „Auswirkungen des Klimawandels auf die Außen- und Sicherheitspolitik“, „Grüne Bürgerrechtspolitik“, „Grüne Außen- und Sicherheitspolitik“ und „Grüne Perspektiven für Afghanistan“.

Hinzu kamen Besuchstouren bei Landwirtschaft („Grüne im ländlichen Raum“), mittelständischen Unternehmen („Grüne Marktwirtschaft“), Bundeswehrstandorten und Jugendeinrichtungen („Junge Perspektiven“) und andere Vor-Ort-Termine.

### 4. Grün ist Teamsport

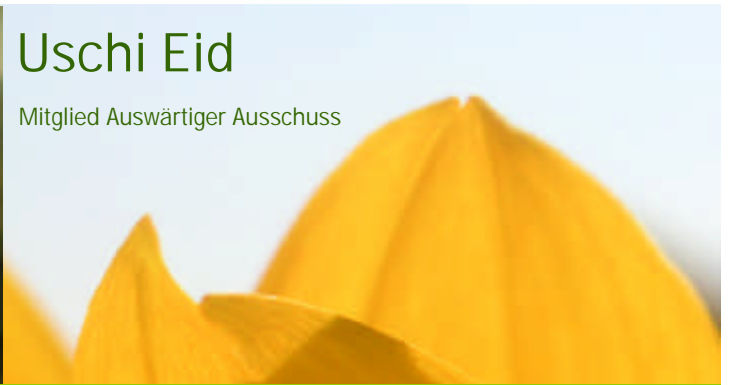
Die Bilanz der letzten drei Jahre? Es war interessant, spannend, und manchmal auch politisch frustrierend gegen die Übermacht einer satten Großen Koalition grüne Politik zu machen. Eine Bilanz geht nicht ohne Dank an viele MitstreiterInnen, denn erfolgreiche Politik ist immer eine Mannschaftsleistung. Ich will allen danken, ohne die dies nicht gelungen wäre. Dies sind natürlich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Büros in Emmendingen, Offenburg und Berlin. Es sind aber vor allem auch alle in den grünen Kreis- und Ortsverbänden, der Grünen Jugend, meine KollegInnen in Landesvorstand, Bundestags- und Landtagsfraktion, sowie die MitarbeiterInnen in der Landesgeschäftsstelle, den Fraktionen und Abgeordnetenbüros, die wir alle gemeinsam an der Grünen Sache arbeiten.

Wir haben auch in der Opposition gezeigt: Wir Grüne können etwas bewegen! Wir haben die Zeit genutzt, um die Bundesregierung zu treiben und uns konzeptionell gut aufgestellt. Als grüne „Ideenwerkstatt“ haben wir uns programmatisch weiterentwickelt und gezeigt, dass wir nicht nur Ideen für eine bessere, ökologische und gerechte Republik haben, sondern sie auch umsetzen können. Dafür müssen wir bei der Bundestags-, Europa- und Kommunalwahl im kommenden Jahr kämpfen. Ich würde mich freuen in den nächsten Jahren dabei weiter aktiv mitwirken zu können.



## Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss



### "Für internationale Solidarität und Völkerverständigung"

Seite 15

#### *Kulturpolitik zur Stärkung eines vereinten Europas*

Die internationale Politik stand auch in dieser Legislaturperiode im Zentrum meines Engagements. Allerdings kamen nach meinem Ausscheiden als Staatssekretärin aus dem Entwicklungsministerium neue Aufgaben hinzu, wie zum Beispiel die Auswärtige Kulturpolitik – ein Politikfeld, das zwar als „Dritte Säule der Außenpolitik“ gepriesen wurde, sich aber im Dornröschenschlaf befand. Da es mir gelungen ist, einen Unterausschuss „Auswärtige Kulturpolitik“ im Deutschen Bundestag einzurichten, hat dieses Politikfeld, das so wichtig ist für den interkulturellen Dialog, die Verständigung mit der islamischen Welt und den Kulturaustausch mit Afrika, Asien und Lateinamerika, einen parlamentarischen Ort der Debatte und in der Konsequenz wieder Profil und eine neue Dynamik erhalten. Auch das erweiterte Europa erfordert verstärkten kulturellen Austausch und Begegnungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Das Argument, in Europa sei die kulturelle Basis zur Schaffung der Union bereits ausreichend gelegt, erweist sich als wenig begründet – was durch das „Nein“ der Iren zum Vertrag von Lissabon noch einmal bestätigt wurde. Es gilt deshalb, auch mit Hilfe der Außenkulturarbeit, die Identifikation der Menschen mit Europa und den europäischen Werten zu unterstützen und die Auswärtige Kulturpolitik für eine stetige Versöhnungsarbeit mit unseren Nachbarn zu nutzen. Ich habe deshalb einen Antrag auf den Weg gebracht, der vor allem die Schaffung und Stärkung von kulturellen Strukturen in der EU wie z.B. die Gründung einer europäischen Kulturstiftung oder einer europäischen Akademie der Künste fordert und somit auch den Empfehlungen

der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ nachkommt. Wenn die europäische Einigung nicht nur ein wirtschaftliches und politisches Projekt bleiben, sondern auch die Herzen der Unionsbürger erreichen soll, muss Europa für die Menschen erlebbarer und in ihrem Leben und Arbeiten präsenter sein. Dass sich im Oktober z.B. auf meine Initiative hin Kulturpolitiker des polnischen Sejm und des Deutschen Bundestages einen Tag lang zu einer gemeinsamen Sitzung in Berlin treffen, um sich über Fragen der Geschichtsaufarbeitung und einer gemeinsamen Erinnerungskultur auszutauschen, sei hier nur als Beispiel angeführt, wie sich GRÜNE Initiativen auch in parlamentarischen Begegnungen niederschlagen können. Beabsichtigt ist, dass diese Begegnung jährlich stattfinden soll.

#### *Förderung afrikanischer Künstler in Deutschland*

Obwohl die Große Koalition neue Schwerpunkte nach Asien und in den Nahen und Mittleren Osten verlagern wollte, konnte ich verhindern, dass sich die Auswärtige Kulturpolitik vorwiegend nach den Kaufkraftsteigerungen der Zielregionen richtet. Stattdessen war mein Werben für Afrika erfolgreich, denn bereits in diesem Jahr konnte die lange vernachlässigte Kultur- und Wissenschaftskooperation mit afrikanischen Staaten ausgebaut werden.

Aber nicht nur deutsche Außenkulturpolitik in Afrika, sondern auch afrikanische Kunst und Kultur in Deutschland ist – im Sinne der Gegenseitigkeit – ein wichtiges politisches Feld. Deshalb führte ich eine Reihe von Fachgesprächen durch, die sich der aktuellen Situation

und den Entwicklungen des deutsch-afrikanischen Kulturaustauschs widmeten. Damit war eine Plattform für die Vernetzung afrikanischer und deutscher Künstler, Kuratoren, Kunsthistoriker und Galeristen geboten, die sich bisher als Einzelkämpfer in der deutschen Kunstszene schwer taten. Ein Ergebnis davon ist z.B., dass es ab diesem Jahr ein jährliches afrikanisches Filmfestival in Berlin geben wird, dessen Schirmherrschaft ich übernommen habe.

### *Für eine gutnachbarschaftliche Afrikapolitik*

In der Afrikapolitik geht es mir nach wie vor darum, dass wir in Deutschland die neue politische Dynamik in Afrika zur Kenntnis nehmen und unsere Afrikapolitik neu positionieren. Als G8-Afrika-Beauftragte der rot-grünen Regierung ist es mir gelungen, die Aufmerksamkeit auf das Potential Afrikas zu lenken und die innovativen, dynamischen Reformkräfte in der afrikanischen Politik zu unterstützen und mitzuhelfen, dass die Jugend einen größeren Stellenwert in unserer Kooperation erhält. Nun heißt es, darauf zu achten, dass die Große Koalition nicht wieder in das alte paternalistische Verhaltensmuster gegenüber Afrika zurückfällt und mit der Attitüde des wohlwollenden Gebers auftritt unter Missachtung des Rechts auf Selbstbestimmung des eigenen Entwicklungsweges. Seit die Große Koalition das Sagen hat, spielt die Nord-Süd-Außenpolitik, und speziell eine gutnachbarschaftliche Afrikapolitik, wie ich sie betrieben habe, keine Rolle mehr. Allenfalls hat sie aufstrebende Wirtschaftsnationen wie Indien, China oder Brasilien im Blick. Wir GRÜNEN sind diejenigen, die dieser beschränkten internationalen

Politik eine Politik der Solidarität, der Völkerverständigung und der Partnerschaft entgegensetzen. Trotz aller positiven Entwicklungen dürfen die Krisen auf dem Kontinent nicht vernachlässigt werden. Außerdem darf die Unterstützung von Konfliktmanagement und Konfliktlösung nicht auf die Fälle konzentriert werden, die im Licht der Öffentlichkeit stehen. Der völligen Vernachlässigung z.B. des Somalia-Konfliktes durch die Bundesregierung, den Fachleute richtigerweise als mindestens ebenso gravierend wie den Darfur-Konflikt bezeichnen, habe ich eine breit angelegte Bundestagsinitiative mit Vorschlägen zu friedenspolitischem Handeln und wichtigen Schritten zur Konfliktbearbeitung entgegengesetzt. Trotz der Erkenntnis, dass noch längeres Zaudern mehr Menschenopfer bedeutet und letztlich der Wiederaufbau umso teurer wird, zeigt sich die Bundesregierung als völlig handlungsunfähig bzw. handlungsunwillig. Auch im Umgang mit unserer kolonialen Vergangenheit, besonders mit dem Völkermord an den Hereros und Namas im heutigen Namibia, fällt der Bundesregierung nichts ein, obwohl sie eigentlich nur unsere GRÜNEN Vorschläge zu einem Dialog mit Namibia zur Aufarbeitung unserer gemeinsamen Vergangenheit aufgreifen müsste. Mein intensives Werben auch in dieser Legislaturperiode hat bei der Bundesregierung nicht gefruchtet und wurde leider auch von der SPD untergraben.

### *Wasser - Schlüssel zur Armutsbekämpfung*

In der Außen- und Entwicklungspolitik sind aufgrund ökologischer Herausforderungen umweltpolitische Aktivitäten immer dringlicher, zumal der Zusammenhang



zwischen Naturzerstörung und Armut offenkundig wird. So war es folgerichtig, dass Kofi Annan einen Beraterkreis zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele mit Schwerpunkt „Wasser und Sanitäre Grundversorgung“ einberufen hat, denn sauberes Wasser ist der Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Zusammen mit diesem Gremium konnte ich als dessen stellvertretende Vorsitzende bei internationalen Organisationen und nationalen Regierungen eine Menge bewegen. So wurden bei den Regionalen Entwicklungsbanken mehr Finanzmittel für den Wassersektor bereitgestellt. Die Afrikanische Union hat auf ihrem letzten Gipfel einen sehr umfassenden Maßnahmenkatalog beschlossen, um die Wasserversorgung und Umwelthygiene zu verbessern, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel anzuschließen und Mechanismen zur friedlichen Beilegung von Wasserkonflikten zu stärken. Auch habe ich dazu beigetragen, dass sich die reichsten Industrienationen bei ihrem letzten Gipfel in Japan zu einer aktiven Wasserpolitik zur Bekämpfung von Armut und Krankheiten verpflichtet haben und beim nächsten Gipfel darüber Rechenschaft abzulegen haben. Jetzt gilt es, die Umsetzung all dieser Zusagen kritisch und konstruktiv zu überwachen. Ob in Tunis, Tokio, Bogotá oder Wendlingen, Heidenheim und Konstanz – im Rahmen des diesjährigen „Internationalen Jahres für Sanitäre Grundversorgung“, das ebenfalls von unserem Beraterkreis initiiert worden ist, werbe ich für mehr Umwelthygiene, die Beseitigung von wilden Müllhalden, ökologisch nachhaltige Abwasserentsorgung und Kanalisationssysteme für Slumgebiete. Auch in der deutschen Entwicklungskooperation muss endlich begriffen werden, dass Sanitärversorgung die beste und billigste Präventivmedizin ist. Es ist ein weitgehend unbeachteter Skandal, dass heute noch täglich 5000 Kinder aufgrund

von verschmutztem Wasser sterben, weil es an Toiletten mangelt und 90 % aller Abwässer ungeklärt in die Umwelt gelangen. Dies darf nicht länger hingenommen werden. Letztendlich geht es bei all diesen Aktivitäten darum, den Ärmsten der Armen und vor allem den Frauen, die am meisten von der Misere betroffen sind, ein Leben in Würde zu ermöglichen.

### *Energieaußenpolitik für eine Energiewende in Afrika, Asien und Lateinamerika*

Angesichts der Folgen des Klimawandels, denen sich Entwicklungsländer ausgesetzt sehen, haben auch sie erkannt, dass es sich hierbei um die umweltpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts handelt. Allein in Afrika werden bis 2020 etwa 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden, die Ernten werden um bis zu 50 Prozent zurückgehen. Deshalb streite ich für eine GRÜNE Energieaußenpolitik. Für unsere Kooperation ergibt sich die dringende Notwendigkeit, Entwicklungsländer zu unterstützen, verstärkt in erneuerbare Energien einzusteigen, Solar- und Windenergie, Erdwärme und Wasserkraft zu fördern und den Anbau nachwachsender Rohstoffe auf nicht landwirtschaftlich nutzbaren Böden auszuweiten. Durch von uns initiierte Programme helfen wir den Partnern, unabhängiger von Rohstoffimporten zu werden, ihre Haushalte von Ausgaben für immer teureres Öl zu entlasten, durch den Anbau von Pflanzen zur Biokraftstoffproduktion (wie z.B. die Jatropha-Pflanze) auf sonst nicht nutzbaren Böden aufzuforsten und gleichzeitig Erosionsschutz zu betreiben sowie eine Infrastruktur mit Beschäftigungsmöglichkeiten für angepasste Solar- und

Windenergietechnologie aufzubauen. Denn nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Burkina Faso oder Eritrea schafft erneuerbare Energie auch Arbeitsplätze. Durch entsprechende Lobbyarbeit bei „alten“ Partnern aus der Antipartheidszeit versuche ich, auch Südafrika von nachhaltigen Energiealternativen zu den bestehenden Atomkraftwerken zu überzeugen und mit namibischen Freunden einen entsprechenden Dialog gegen die dortigen Pläne zum Einstieg in die Atomenergie zu führen.

### *Grüne Außen- und Entwicklungspolitik: für Menschenrechte und Friedenssicherung*

Die internationale Verflechtung fast aller Lebens- und Politikbereiche nimmt zu – ob bei der Wirtschaft, der Sicherheit, der Ökologie, der Nahrungsmittelversorgung, ob in der Kommunikation oder im Tourismus. Entwicklungen an einem Ort der Welt wirken sich immer schneller und stärker an einem anderen Ort aus - auch bei uns zu Hause. Bei allen Problemen in Deutschland können wir es uns also weniger denn je leisten, eine nationale Nabelschau zu betreiben. Viele Menschen wissen dies und erwarten besonders von uns GRÜNEN, dass wir das komplizierte Geflecht internationaler Herausforderungen in der Außen- und Entwicklungspolitik aktiv und kenntnisreich mit gestalten. Sei es z.B. bei Umweltproblemen, der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Migration, der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Konfliktprävention und dem interkulturellen Dialog. Das Fundament für unsere Außenpolitik und ihre Orientierung sind die bürgerlichen Freiheits- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, die

Prävention von Konflikten und der sorgfältige Umgang mit unserer Natur. Daran hat sich nichts geändert. Die GRÜNEN insgesamt, speziell auch meine Arbeit, stehen für eine freiheitliche, aufgeklärte und weltoffene Außen- und Entwicklungspolitik. Dass wir - auch aus der Opposition heraus - sehr erfolgreich im Bundestag, auf internationaler Ebene, aber auch mit Graswurzelinitiativen GRÜNE Vorhaben voranbringen können, hat sich in den vergangenen drei Jahren gezeigt und darüber freue ich mich.

Uschi Eid



## Winne Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss

### Nachhaltige Mobilität ist möglich

Seite 19

Der Klimawandel mit seinen ökologischen und sozialen Folgen ist eine der größten Herausforderung und wird uns noch ganz erheblich Anstrengungen kosten. Die Nachrichten des Weltklimarates über Fortschreiten und Folgen der Erderwärmung waren drastisch und eindeutig. Ich sehe als Verkehrspolitiker meinen Arbeitsschwerpunkt auch in Zukunft darin, mit **nachhaltiger Mobilitätspolitik** einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu brauchen wir ein modernes Mobilitätssystem, effiziente und ökologische Antriebstechnologien, attraktive Öffentliche Verkehrsmittel sowie umweltfreundliche Logistik und Transportkonzepte, die zur Verkehrsverlagerung beitragen.

Weltweit wächst mit dem Verkehr die Klimalast. Der Verkehr ist global für 25% der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Allein in Deutschland müssen bis 2020 rund 30 Millionen Tonnen im Verkehrssektor eingespart werden, wenn wir unser nationales Klimaschutzziel erreichen wollen. Angesichts des massiv gestiegenen Preises für Rohöl sind die Zeiten billigen Transports von Waren und Dienstleistungen wie auch individueller Mobilität vorbei. Am stärksten spüren das bereits die AutofahrerInnen. Wenn wir nicht rechtzeitig Alternativen zum Öl entwickeln, wird es zu großen Verwerfungen in sozialer, ökonomischer aber auch friedenspolitischer Hinsicht kommen. Wir haben Verantwortung für klimafreundliche und zukunftsfähig Mobilität und müssen dabei zwei der größten Herausforderungen angehen, vor denen die Menschheit steht: Die Eindämmung des Klimawandels und den Ersatz endlicher und dreckiger fossiler Energiequellen durch unendlich verfügbare, saubere erneuerbare Energien.

In keinem Bereich hat die Koalition so wenig erreicht wie beim **Klimaschutz im Verkehr**. Das Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung ist ein

Samelsurium zum Teil vager Ankündigungen und bringt keine ausreichende Emissionsreduktion. Zentrale Vorhaben wie der groß angekündigte Gesetzentwurf zur Kfz-Steuerungstellung auf Kohlendioxidausstoß wurden verschoben. Beim Verkehr also: Viel Lärm um nichts! Wir fordern von der Bundesregierung ambitionierte Klimaschutzziele mit konkreten und wirksamen Maßnahmen, statt Geschenke an die Autoindustrie, z.B. Steuerprivilegien für Spritschlucker-Dienstwagen.

Die Bundesregierung steht trotz Klimarhetorik in Brüssel auf der Bremse. Seit die EU-Kommission ihren Vorschlag zu verbindlichen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für die Neuwagenflotte vorgelegt hat, schwächt und verwässert die Bundesregierung die Pläne. Aber wir brauchen jetzt ambitionierte Verbrauchsobergrenzen für Pkw, nur so lassen sich die nötigen Anreize für technische Innovationen setzen. Wir Grüne vertreten Klimaschutzziele statt nur industriepolitische Interessen deutscher Autobauer, die ihre Klimaschutzverantwortung verschlafen haben. Wir müssen heute und hier die Ökologisierung des Autoverkehrs voran bringen, nur so können wir unsere Klimaschutzziele erreichen und auch morgen noch mobil sein.

Die nächsten großen Klimaschutzbaustellen sind der **Schiffs- und Luftverkehr**: Hochseeschiffe tragen als Containerriesen auf den Weltmeeren ebenso wie der Luftverkehr zum Klimawandel bei, angesichts der enormen Wachstumsraten mit steigender Tendenz. Dass Hochseeschiffe nicht nur eine unerträgliche Luftschadstoffbelastung in den Küstenregionen und Hafenstädten mit sich bringen, sondern die Klimalast erhöhen, haben wir Grüne als erste im Parlament diskutiert. Wir müssen bei allem, was mit fossilen Brennstoffen fährt, runter mit Verbrauch und Emissionen. Ein Umstieg auf schadstoffärmere Treibstoffe, sparsamere Antriebe und alternative Kraftstoffe ist so unausweichlich wie überfällig.

Beispiel **Luftverkehr**: Er wächst mit jährlich fünf Prozent und mehr. Die Emissionen aus Flugzeugen belasten nicht nur das Klima, sondern Lärm und Schadstoffe beeinträchtigen die Lebensqualität vieler Menschen. Die Treibhausgasemissionen der EU aus dem internationalen Flugverkehr sind kräftig gewachsen. Kaum ein anderer Verkehrsträger hängt so am Öl. Bei steigenden Ölpreisen werden zukünftig Kraftstoffverbrauch und Emissionen über Erfolg oder Scheitern von Fluggeräten entscheiden. Der Luftverkehr von morgen muss sicher, verbrauchsarm, leise und schadstoffarm sein, also umwelt- und sozialverträglich aber auch wirtschaftlich vernünftig (Siehe Fraktionspapier „Luftverkehr in Zeiten des Klimawandels“). Hierfür müssen jetzt die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die steuerliche Bevorzugung des Luftverkehrs setzt falsche Anreize. Die Mehrwertsteuerbefreiung auf grenzüberschreitende Flüge muss gestrichen und eine Steuer auf Kerosin eingeführt werden. Ungebremstes Wachstum ist angesichts der Klimafolgen nicht akzeptabel, daher brauchen wir klimapolitische Leitplanken für den Flugverkehr. In Brüssel steht noch dieses Jahr die Einbindung des Luftverkehrs in den Emissionshandel an. Es ist ein wichtiger Schritt, denn die Luftverkehrswirtschaft braucht ein klares Signal für ihre Verantwortung beim Klimaschutz.

### *Bahnprivatisierung gefährdet Schienenverkehr*

Als Grüne müssen wir am Ende dieser Legislatur ernüchtert feststellen: Ein integriertes Bahnkonzept zum Wohl der BahnkundInnen und als Beitrag zum Klimaschutz steht immer noch aus. Stattdessen hat uns die Debatte über das Ob und das Wie der Privatisierung der Deutschen Bahn AG lange in Atem gehalten.

Die schlimmste Form der Privatisierung, wie sie ursprünglich von Mehdorn geplant worden war, konnten wir gemeinsam mit anderen durch massiven gesellschaftlichen Druck verhindern. Es ist positiv, dass die Investoren am Schienennetz nicht beteiligt werden. Katastrophal hingegen ist, dass es jetzt keine wirkliche Sicherheit für das Netz als öffentliche Infrastruktur gibt, da eine klare eigentumsrechtliche Trennung fehlt. Deshalb wollen wir, dass das Netz aus dem Besitz der DB AG herausgetrennt und in eine Gesellschaft überführt wird, die direkt dem Bund gehört und auf die Investoren keinen Einfluss mehr nehmen können. Nach jetzigem Stand ist der Börsengang der DB AG kaum mehr zu verhindern. Das ist fatal für die Bahnreisenden und die Wirtschaft, die auf einen funktionierenden Güterverkehr angewiesen ist. Auf skandalöse Weise haben die Großkoalitionäre alle verkehrs-, wettbewerbs-, und umweltpolitischen Anforderungen missachtet.

Eine weitere Verschlechterung des Schienenangebotes ist dabei vorprogrammiert. Im „Ländle“ wurde schon in den letzten Jahren das Fernverkehrsangebot drastisch ausgedünnt. Städte wie Heilbronn sind bereits vom Fernverkehr abgehängt, weitere Ober- und Mittelzentren wie Pforzheim, Ravensburg und Konstanz sind ebenfalls bedroht. Der umweltfreundliche Verkehrsträger Schiene, der mit einem flächendeckenden Netz auch im ländlichen Raum die soziale Teilhabe aller ermöglichen soll, droht einer Renditebahn geopfert zu werden. Die fährt dann nur dort, wo es sich rechnet und zu Preisen, die der Monopolist diktiert.

Wir Grüne werden alles daran setzen, dass wenigstens die schlimmsten Auswüchse verhindert werden. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die das Fernverkehrsangebot und die Qualität der Schieneninfrastruktur absichern.

Die Bereitstellung von öffentlichen Geldern für die Schieneninfrastruktur darf nur auf der Basis einer transparenten und überprüfbaren gesetzlich geregelten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung erfolgen, deren zentrales Kriterium die Steigerung der Schienenkapazität ist. Zudem werden wir die Bundesnetzagentur unterstützen, damit sie als Regulierer die nötigen Rechte erhält, um den willkürlichen Trassenpreisen der DB AG ein Ende zu setzen.

### *Ausbau der Rheintalschiene vorantreiben, Stuttgart 21 stoppen!*

Wir haben uns in enger Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene immer wieder dafür eingesetzt den umwelt- und bürgerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn voranzutreiben und das größtenwahnsinnige Tunnelprojekt „Stuttgart 21“ zu stoppen. Es ist uns gegen Heerscharen von Befürwortern gelungen, unserer Kritik in der Öffentlichkeit immer wieder Gehör zu verschaffen. Es ist nicht hinnehmbar, dass beim Prestigeobjekt „Stuttgart 21“ Milliarden sinnlos vergraben werden, während schon heute im Nahverkehr die Mittel fehlen: Öffentliche Verkehre in der Fläche wurden abbestellt, die dringend notwendige Sanierung des Kopfbahnhofs Stuttgart wird seit Jahren verschoben und zentrale europäische Projekte wie der Ausbau der Rheintalschiene dümpeln vor sich hin und können vermutlich erst in 20 bis 30 Jahren fertig gestellt werden.

Es ist Zeit, diesem Schildbürgertum auf „tiefem“ Niveau endlich ein Ende zu setzen. Es muss Schluss sein mit den falschen Prioritätensetzungen zu Ungunsten des Schienenverkehrs und der Bürger.

Der viergleisige Ausbau der Rheintalschiene ist neben dem Ausbau des ÖPNVs das wirklich notwendige Schienenprojekt. Bund und Baden-Württemberg müssen kurzfristig erhebliche Mittel bereitstellen, damit die verkehrlichen und ökologischen Probleme gelöst und ein umfassender Lärmschutz für die Anwohner gewährleistet werden kann. Wir setzen uns für eine Arbeitsgruppe mit allen Akteure ein, die eine umfassende Neubetrachtung der Trassenführung und zügige Planungsänderungen vornimmt.

### *Lärmschutz verbessern*

Schienenausbau geht nicht ohne Lärmschutz! Unerträglicher Bahlärm Tag und Nacht diskreditiert die dringend erforderliche Verkehrsverlagerung auf die Schiene.

Wir plädieren lange schon für die rasche Nachrüstung aller Waggons mit lärmarmen Bremsen, die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise und ein Streichen des Schienenbonus an stark befahrenen Strecken, wie der Rheintalschiene.

Mit dem Aufstocken des Lärmsanierungsprogramms an Schienenwegen des Bundes, dem Fluglärmschutz dem wie auch dem Umgebungslärmschutz waren viele Hoffnungen auf mehr Ruhe verbunden. Die Ergebnisse der Koalition für den Lärmschutz sind in jeder Beziehung mager: Das Fluglärmschutzgesetz ist nicht umgesetzt, weil wichtige Verordnungen nach fast zwei Jahren nicht vorliegen. Der aktive Lärmschutz dümpelt vor sich hin, lärmabhängige Trassengebühren: Fehlanzeige! Die Bahn verpulvert mehr als die Hälfte der Kosten bei der Umsetzung des Lärmsanierungsprogramms für Planung, und kaum eine

Kommune hat es geschafft zum Termin einen Aktionsplan für die Lärmsanierung vorzulegen. Dabei stehen Länder und Kommunen in der Pflicht, Aktionspläne gegen den Umgebungslärm aufzustellen. Es ist also sehr still um den Lärmschutz. Wir müssen daher den Schutz vor Lärmbelastungen aus unterschiedlichen Quellen dringend ausbauen.

### *Sportpolitik – viele ungelöste Probleme*

Wer meinte, dass mit einer großen Koalition auch ein großer Schub für die Sportentwicklung kommen würde, sieht sich getäuscht. Denn die Sportpolitik der Bundesregierung ist seit 2005 einseitig auf den Spitzensport ausgerichtet, notwendige Initiativen für mehr Breitensport sind dagegen ausgeblieben. Ich halte es für ein schlechtes Zeichen, dass es zusätzliche Millionen für den Hochleistungssport gab, jedoch kaum einen Euro mehr für den Breitensport. Das ist ein deutliches Versäumnis, denn auch die Möglichkeiten im Gesundheits-, Senioren- und Integrationssport sowie die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung und des Klimawandels finden in der Sportpolitik bisher leider keine genügende Berücksichtigung. Was wir aus grüner Sicht jetzt brauchen ist ein klares Signal für eine nachhaltige Sportentwicklung. Dazu gehören Konzepte und Forschungsvorhaben für eine klima- und umweltfreundliche Sportausübung. Wir Grüne wollen „best practice“ Beispiele für einen umweltfreundlichen Sportstätten(um)bau etablieren. Auch Sportgroßereignisse in Deutschland müssen nach dem Motto „green games“ gestaltet werden. Nur so können wir zeigen, dass auch der Sport seiner Verantwortung für mehr Klimaschutz gerecht wird.

Der Kampf gegen Doping ist nicht gewonnen, das haben die Olympischen Spiele in Peking erneut gezeigt. Also brauchen wir mehr Gelder für die Anti-Doping-Forschung und Dopingkontrollen sowie endlich ein wirksames Gesetz zur Bekämpfung des Dopingbetrugs im Sport.

Mehr zu den Themen: [www.winnehermann.de](http://www.winnehermann.de) (Rubriken: Verkehr, Klima, Umwelt, Sport)



## Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



### Umweltpolitik jenseits des Brennglases

Seite 23

Die Bundestagsfraktion hat mich zu Anfang dieser – meiner ersten - Legislaturperiode als Abgeordnete zu ihrer umweltpolitischen Sprecherin gewählt. Damit wurde ich für die Grünen im Bundestag federführend in den Bereichen Chemie und Umweltgifte, Abfall und Ressourcen, Atommüll, Mobilfunk, Umwelt und Gesundheit, Immissionschutz, stofflicher Bereich der nachwachsenden Rohstoffe, Nachhaltigkeit und dem gesamten Umweltrechtsbereich.

Aus Ereignissen in diesen Bereichen, aber auch Anfragen aus der Bevölkerung resultierten eine ganze Menge Parlamentsanfragen, Initiativen, Pressestellungen und –Artikel und auch Interventionen in Vor-Ort-Auseinandersetzungen.

„Meine“ Themen stehen derzeit nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit wie der Klimawandel, die Biodiversität oder die Gentechnik – die ich natürlich auch bei vielen Podien und Veranstaltungen für unsere Partei vertreten habe. Aber auch in meinem originären Spektrum gibt es ab und zu einen richtigen medialen Aufreger. Ein solches Presse-Highlight hatte ich z.B. zur geplanten Ostsee-Pipeline. Auf eine Bundestagsanfrage von mir wurde bestätigt, dass Gazprom und BASF planen, die projektierte Ostseepipeline vor der Inbetriebnahme mit 2,3 Mrd. Liter Glutaraldehyd zu durchspülen - einem Biozid, das besonders vergiftend auf Wasserorganismen wirkt - und die Spülung anschließend einfach in die ökosensible Ostsee einzuleiten. Es gelang mir, den SPIEGEL zu einem Bericht über meine Anfrage zu bewegen, worauf ein derartiger Medienrummel losbrach, dass Gazprom und BASF zwei Tage später verkündeten auf ungiftige (teurere) Alternativen auszuweichen.

Meine vielfältige, meine MitarbeiterInnen und mich gut auf Trab haltende Arbeit ist auf meiner Homepage [www.kotting-uhl.de](http://www.kotting-uhl.de) dokumentiert. Hier will ich nur einige Schwerpunkte aufgreifen, die mir in den drei Jahren Parlamentsarbeit besonders wichtig waren:

#### *Meine persönlichen Schwerpunkte:*

Den vorgelegten Entwurf für ein **Umweltgesetzbuch** (UGB), als wichtigstes umweltpolitisches Vorhaben dieser Legislatur angekündigt, habe ich in meiner letzten Plenarrede im September als „Umgehungsstraße um Klima- und Naturschutz“ bezeichnet. Er dereguliert das wichtigste Instrument des Naturschutzes – die Eingriffsregel – und klammert Klimaschutz bis auf den von der EU vorgegebenen Emissionshandel völlig aus. In zwei Arbeitsgruppen – eine mit VertreterInnen der Umweltverbände, die andere mit KollegInnen aus der Fraktion – die ich zusammen mit Fritz Kuhn geleitet habe, habe ich unsere zentralen Forderungen für ein UGB, das den zukünftigen Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz gerecht wird, herausgearbeitet. Neben dem Erhalt von Umweltstandards und einer EU-konformen Öffentlichkeitsbeteiligung will ich Mindesteffizienzstandards für den Neubau fossiler Kraftwerke (die nur ein Gaskraftwerk, aber kein Kohlekraftwerk erfüllen kann, so setzen wir unseren Parteibeschluss um). Statt der bislang für eine Anlagen-Genehmigung lediglich erforderlichen Einhaltung der Immissionsgrenzwerte (nach BImSch) will ich Genehmigungen nach Ermessen und Bedarf – damit zielen wir vor allem auf den ständigen Zubau überdimensionierter Müllverbrennungsanlagen.

Ich will die gute fachliche Praxis und Regeln für den Biomasse-Anbau genauso im UGB verankert haben wie Regeln für den Flächenverbrauch und die Gentechnik. Auf die parlamentarische Auseinandersetzung freue ich mich, denn nur wir haben mit meinem von der Fraktion beschlossenen 10-Punkte-Papier eine fundierte Kritik und Alternative. Übrigens will ich auch den Bergbau im UGB geregelt haben. Wie vorausschauend diese Forderung war, zeigt sich an der Eskalation um das Salzbergwerk Asse II.

Das Thema **Asse** – faktisches Atommüllendlager, als Forschungsendlager konzipiert und bis Ende September dem Forschungsministerium und damit dem Bergrecht unterstellt – habe ich im März 2006 erstmalig in den Bundestag gebracht. Davor hatte der Skandal Asse die Region um Wolfenbüttel nie wirklich verlassen. Durch die Befassung im Bundestag wurde der SPIEGEL veranlasst und Umweltminister Gabriel gezwungen, sich mit dem absaufenden Atommüllendlager zu befassen. Mein Antrag, die Asse unter Atomrecht zu stellen und den Atommüll aus dem nassen und instabilen Endlager rückzuholen, wurde von der Regierung damals abgelehnt. Inzwischen sind die Verhältnisse so eskaliert, dass die erste meiner Forderungen (unter Atomrecht stellen) erfüllt wird. Die zweite (Rückholung) wird vom Bundesamt für Strahlenschutz geprüft. Die gute Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Landtagsfraktion in dieser Frage – mit dem dortigen Fraktionsvorsitzende Stefan Wenzel habe ich zwei erfolgreiche Fachgespräche durchgeführt – setzen wir fort.

Die Vorgänge um Asse II haben politische Sprengkraft. Das Atommülllager, das der „Prototyp für Gorleben“ sein sollte, säuft ab und enthält bereits Cäsium 137-verseuchte Lauge.

Das bringt die Gorleben-ohne-Endlager-Suche- und Laufzeit-Verlängerung-Befürworter unter Druck. Vieles deutet darauf hin, dass AKW-Betreiber über den Umweg WAK (Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe) die Asse als billige Entsorgung genutzt haben. Wenn wir das durch weitere parlamentarische Initiativen beweisen können, eröffnet uns das im Wahlkampf gegen die Atom-Lobbyisten von CDU/CSU und FDP gewichtige politische Argumentationen.

Für mich als Karlsruher Abgeordnete ist die Rolle des Forschungszentrums Karlsruhe in der Auseinandersetzung um die Asse besonders interessant. Über die Hälfte des in der Asse eingelagerten Atommülls – was die Radioaktivität betrifft, sogar 89% - stammt aus der WAK. Diese dubiose Forschungsanlage war mir schon einige Initiativen wert. Die **Karlsruher Atomanlagen** sind ein echtes Milliardengrab. Die WAK wird die Steuerzahler allein durch ihren Abriss mehr als 2 Milliarden Euro kosten. Auch der Abriss der „Schnelle Brüter“-Anlage KNK verteuerte sich, wie ich heraus bekommen habe, gegenüber den ursprünglichen Angaben um 100 Millionen. Unseren Groß-Medien waren solche Ergebnisse jeweils eine gut platzierte Meldung wert.

Viel mehr Arbeit bei weitaus geringerer öffentlicher Resonanz gab es bei meinem inzwischen fast Lieblingsthema **Von der Abfall- zur Ressourcenpolitik**. Als Reaktion auf die Krise des Dualen Systems und angesichts des immer dramatischeren Ressourcenverbrauchs habe ich gemeinsam mit Fachleuten aus Partei und Wissenschaft ein Konzept zur Ressourcenschonung entwickelt. Mein Wertstoffkonzept mit dem ökonomischen Instrument einer Ressourcenabgabe – ein Baustein der vielfach geforderten Weiterentwicklung der Ökosteuer – zielt auf die produzierende Wirtschaft.



Mit dem üblichen Blick auf die Entsorgungswirtschaft werden wir die notwendige Kreislaufwirtschaft nicht erreichen – das kann nur funktionieren, wenn wir bei der Produktion ansetzen.

Zu diesem Wertstoffkonzept hat die Bundestagsfraktion einen Ressourcenkongress mit Verbänden und Unternehmen durchgeführt. Über die informellen Kontakte zum BMU war zu hören, dass das dort Verärgerung auslöste, weil Gabriel selbst die Ressourcenpolitik zum Thema machen wollte und die Grünen nun schneller waren. Von den Teilnehmern gab es entsprechend Lob, dass die Grünen mal wieder als Erste ein drängendes Thema aufgegriffen hätten. Ich war mit unserem Konzept viel im oft „feindlichen Gelände“, z.B. bei der Jahrestagung Abfallwirtschaft, bei der Recycling-Wirtschaft, der europäischen Bioplastik-Industrievereinigung und diversen mittelständischen Unternehmen. Unter dem Strich gab es weit mehr Zustimmung als Kritik. Gerade in der vorletzten Sitzungswoche war ich zu einem Podium mit Abgeordneten aller Fraktionen vom BvSE geladen (das ist die mittelständige Entsorgungswirtschaft). Ein CDU-Kommunalo meldete sich zu Wort und bekundete Enttäuschung über die Darstellungen der politischen Vertreter: „Nur die Grünen haben offensichtlich ein Konzept das auf die Zukunftsfragen zielt. Sonst habe ich hier nichts gehört.“ (Das Ende der Veranstaltung war, dass alle anderen ihre Vorstellungen einer zukünftigen Abfallwirtschaft skizzieren mussten und ich dann entscheiden sollte, mit wem die Grünen koalieren – keine Sorge, die Frage habe ich höchst politisch beantwortet.)

Besonders am Herzen liegt mir der Komplex „**Umwelt und Gesundheit**“. Dazu zählen nicht nur Uran im Trinkwasser oder Stäube aus Laserdruckern (zu beidem laufen von mir parlamentarische Initiativen – bei den Tonerstäuben

hat meine Initiative gerade eine demnächst stattfindende Anhörung des Umweltausschusses initiiert). Über Pressearbeit und ein erstes Fachgespräch hinaus ergab sich bisher leider keine Zeit zur Schwerpunktsetzung. Aber ich bin überzeugt, dass von der Kikk-Studie (Kinder-Krebs in der Nähe von AKW) über MCS (Multiple Chemikalienunverträglichkeit) bis zur Nanotechnologie in Lebensmitteln und Kosmetika hier ein weites Feld ist, mit dem Grüne sich unbedingt befassen müssen. Auch wenn es – das zeigt das Beispiel **Mobilfunk** – auf den ersten Blick nicht gewinnbringend scheint. Zu Mobilfunk habe ich zwei Fachgespräche (Berlin und Ulm) durchgeführt. Für mich ist das Ergebnis klar: Auch Elektrosensible haben Anspruch auf das Vorsorgeprinzip. Sie brauchen Rückzugsräume in denen sie vor Elektromog geschützt sind. Ich bin für das Prinzip der „Unverletzlichkeit der Wohnung“, d.h., die Indoor-Versorgung muss auf Freiwilligkeit beruhen. Leider bin ich damit im ersten Versuch nicht einmal im AK Umwelt der Fraktion vorwärts gekommen. Der zweite Versuch läuft gerade!

Meine Idee einer **Jugend-Umwelt-Konferenz** ist inzwischen zu einer nachgefragten jährlichen Einrichtung geworden. Die Teilnahme vieler Abgeordneter und die Platzierung mitten im Entscheidungszentrum des Bundestages lockt jedes Mal bis zu 200 junge Menschen nach Berlin – keinesfalls alle bereits umweltpolitisch engagiert.

Als umweltpolitische Sprecherin war ich selbstredend auch mit den „im Brennglas“ stehenden Umweltthemen - **Klima und Energie** - befasst. Es gab natürlich auch relevante Veranstaltungen in „meinem“ Gebiet, z.B. an Standorten geplanter Müllverbrennungsanlagen. Aber richtig zahlreich waren die Veranstaltungen eher im „Brennglas“-Bereich. So habe ich die Fraktionsreihe an Standorten geplanter Kohlekraftwerke in Karlsruhe mit

einer Podiumsdiskussion mit der EnBW eröffnet, in der Lausitz mit Vattenfall fortgesetzt. Klima und EE haben mich von Waldshut bis Stralsund durch die Republik geführt. In der Zeitschrift „politische Ökologie“ habe ich mich in längeren Artikeln zu einigen grundsätzlichen Fragen der Energiepolitik (CCS und Kohlevergasung) geäußert. Meine frühe Skepsis gegenüber der CCS-Technologie – vor allem was die Zeitschiene betrifft – ist inzwischen Fraktionshaltung.

Auch ihr habt mich häufig zu Klima und Gentechnik, vereinzelt auch zu meinem Ressourcenkonzept oder auf Podien zu ganz anderen Themen wie der mich immer noch umtreibenden Frage Krieg und Frieden eingeladen. Dafür danke ich euch, denn der **Austausch mit der grünen Basis** ist die wichtigste Resonanz für die politische Arbeit.

Auch für die oft von euch organisierten **Betriebsbesuche**, von denen ich häufig positive Impulse mitnehme. Es ist beeindruckend, wie viele mittelständische Akteure und Ideengeber unsere grünen Visionen umsetzen und mit Leben füllen. Das Schilfheizkraftwerk in Allensbach und die Firma Sunways in Konstanz, das Passivhaus-Schulzentrum in Neckargemünd, die progressiven Entsorgungsbetriebe in Darmstadt, die Energiedörfer in Jühnde und in Mauenheim - das sind nur einige der ermutigenden Beispiele dafür, wie viel an der Basis der Gesellschaft passiert.

Ich werde mit diesem Beitrag gerade rechtzeitig fertig für die Rückkehr nach Baden-Württemberg. In Karlsruhe sind wir im Kampf gegen das **Kohlekraftwerk**, den wir in einem breiten Bündnis von Initiativen, Kinderärzten und betroffenen BürgerInnen geführt haben, gegen die Interessen der EnBW unterlegen.

Heute ist der Spatenstich. Ich werde bei der offiziellen Feier dabei sein – in einem Protest-T-Shirt, das auch von vielen anderen bei der gleichzeitigen Protest-Aktion getragen wird.

Mit herzlich-grünen Grüßen

Eure Sylvia



## Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender



# 3 plus 1: Eine Zwischenbilanz der laufenden Legislaturperiode

Seite 27

### *Von der Regierung zur Opposition*

Nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 war es unsere Aufgabe den Wechsel von der Regierungspartei zur Oppositionspartei zu bewältigen. Das war im ersten halben Jahr nicht einfach, wenn ich nur mal an die zögerliche Einsetzung des BND-Untersuchungsausschusses oder an die Diskussionen um ein Endlager-Such-Gesetz erinnern darf. Das waren klassische Probleme des Übergangs: Schon Opposition oder noch Regierung? Dabei geht es natürlich immer um die eigene Glaubwürdigkeit. Stehen sie noch zu ihrer eigenen Regierungszeit? Sind sie eine wirkliche Opposition? Wir haben versucht mit unserer Fraktionsarbeit im Sinne einer konstruktiven Opposition diese Glaubwürdigkeitsfalle produktiv aufzulösen. Dies gelang durch eine einfache Herangehensweise: Was an der rot-grünen Regierung super war, das stellen wir offensiv nach vorne. Und was weniger gut war verschweigen wir nicht, sondern benennen es offen als das, was wir verändern wollen. Schließlich konnten wir mit dem Konzept der „Grünen Ideenwerkstatt“ eine Arbeitsweise für unsere Oppositionsfraktion festlegen, die den Satz von Franz Müntefering „Opposition ist Mist“ widerlegte, im Sinne von „Opposition ist Dung“ und kann so zu besserem zukünftigen Regierungshandeln führen.

### *Die Agenda 2010 und mehr*

Die Agenda 2010 war ein solches Erbe aus der rot-grünen Regierung, zu dem wir eine klare Haltung entwickeln mussten. Die SPD laboriert ja bis heute daran, dass sie zur Agenda 2010 keine klare Haltung einnehmen konnte. Mal wird die Agenda himmelhoch jauchzend bejubelt und am nächsten Tag zu Teufelswerk erklärt.

Unsere Partei hat dagegen doch ein eindeutiges Verhältnis zur Agenda 2010 gefunden, die es uns leichter machte. Wir betonten, was gut an der Agenda war und ist, zum Beispiel die Zusammenlegung der alten Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, oder der Abbau der diversen Vorruhestandsregelungen zu Lasten der Sozialversicherungskassen. Aber wir machten auch klar, was nicht gelungen war, zum Beispiel die zu geringe Höhe des Arbeitslosengelds 2 oder erhebliche Defizite bei der Neukonzeption des Themas „Fördern“. Schon früh haben wir uns deshalb auf eine Weiterentwicklung der Agenda 2010 konzentriert. In Nürnberg haben wir uns deshalb entschieden die Forderung nach 420 Euro für die Grundsicherung aufzustellen.. Mit der grünen Idee des Altersvorsorgekontos haben wir außerdem ein Konzept auf den Tisch gelegt, das die private Altersvorsorge stärkt und auch vor Arbeitslosigkeit schützt. Und schließlich entwickelten wir mit dem Progressivmodell zur Finanzierung der Sozialversicherung eine eigene Konzeption, die sowohl mehr einfache Arbeitsplätze schafft, als auch dafür sorgt dass die Leute im Niedriglohnbereich auch deswegen mehr netto in der Tasche haben, weil sie erst langsam ansteigende Beiträge in die Sozialversicherungskassen zahlen und nicht gleich den heutigen Prozentsatz. Das Progressivmodell ist für unsere Fraktion keine Alternative zum Mindestlohn, sondern dessen logische Ergänzung. Auf der Basis unseres Grundsatzprogramms aus dem Jahre 2002 fiel es uns leichter die verschiedenen Dimensionen des Gerechtigkeitsbegriffs in praktische Politik umzusetzen als der SPD. Zugangsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit war für uns genauso wichtig wie Verteilungsgerechtigkeit.

## Klimaschutz, Kohle, Atomausstieg und die 3 Es

Das große grüne Thema in dieser Legislaturperiode war und ist der Klimaschutz. Wir

Grüne sind die Klimaschutzpartei und können dies sowohl in der Energie- als auch in der Verkehrspolitik verdeutlichen. Natürlich versuchen auch die Kanzlerin und der Umweltminister mit diesem Thema für sich und für ihre Parteien zu punkten. Es ist uns aber durchaus gelungen zu zeigen, dass die schwarz-roten Absichtserklärungen durch ihre konkrete Politik nicht umgesetzt werden. Die Regierung hat versprochen, dass sie bis zum Jahre 2020 die Co2-Emissionen um 40 % senken wolle. Mit dem was sie tatsächlich beschlossen hat, erreicht sie aber keine 30%. Und das hat einen systematischen Grund: Immer wenn es konkret wird und auch mal weh tut, gibt entweder Schwarz oder Rot (oder auch beide) einer bestimmten Lobby nach. Das ist so bei der Autolobby (Merkel und Gabriel sind in Brüssel die großen Bremsen, wenn es um klare CO2 Grenzwerte geht), das ist so bei der Sanierung von Altbauten und das ist so bei der Elektroindustrie, die man nicht mit Instrumenten zur Effizienzsteigerung wie dem Top-Runner-Ansatz behelligen will.

Mit unserem Energiekonzept „Energie 2.0“ haben wir gezeigt, wie man die Klimaschutzziele erreichen kann ohne die Laufzeiten für Atomkraftwerke zu verlängern und ohne neue Kohlekraftwerke zu bauen. Das ist etwas anderes als das Gerede vom Doppelausstieg. Wir können nicht aus der Kohle aussteigen, also aus den Kohlekraftwerken, die es schon gibt. Aber wir können sehr wohl bestreiten, dass es Sinn macht, jetzt 20 neue Kohlekraftwerke zu bauen, mit schlechten Wirkungsgraden (von

maximal 45%), die dann 50 Jahre laufen und so weitere Effizienzsteigerungen auch nach 2020 verunmöglichen. Deswegen hat die Bundestagsfraktion den Beschluss des Kölner Parteitages immer verteidigt. Und das ist auch der entscheidende Punkt den Joschka Fischer in seinen jüngsten Äußerungen übersieht.

Dass wir uns als Grüne nicht auf eine Verlängerung des Atomausstiegs einlassen, brauche ich an dieser Stelle nicht zu begründen. Wir können es aus inhaltlichen Gründen nicht verantworten diese gefährliche Technologie um 10 Jahre zu verlängern. Ganz zu schweigen von der nicht gelösten Entsorgungsfrage. Absurd auch die Begründung der Laufzeitverlängerungsbefürworter: zuerst haben sie uns erzählt, man könne aus den zusätzlich aufwachsenden Gewinnen der Atomindustrie ein großes Investitionsprogramm für die regenerativen Energiequellen finanzieren. Jetzt heißt es plötzlich, man wolle die hohen Energiepreise damit heruntersubventionieren. Interessant übrigens, dass die Energieversorger den CDU-Vorschlag 40 Milliarden Euro aus den Gewinnen abzuschöpfen, schon in das Reich der Phantasie verbannt haben.

Wir können die Klimaschutzziele erreichen, wenn wir die 3 großen E beachten und forcieren. Einsparen, Effizienzsteigern und Erneuerbare. Wir haben im Bundestag gezeigt, dass die Bundesregierung bei jedem der drei Es massive Defizite aufzuweisen hat.

Klimaziele ohne eine völlig neue Mobilitätspolitik, das geht nicht. Deswegen haben wir ein green-car- Konzept entwickelt, mit dem wir den Schlafmützen der Automobilindustrie Dampf machen. Und wir haben ein grünes Mobilitätskonzept nachhaltiger Mobilität entwickelt, das umfassend darstellt, wie umweltverträgliche Mobilität möglich ist.

Kernsatz dieses Konzeptes ist es, dass die Freiheit der sich automobil Bewegenden nicht die Freiheit der sich anders Bewegenden einschränken darf. Damit meinen wir die Fußgänger, die Fahrradfahrer und insbesondere die Kinder und alten Menschen.

### Grüne Marktwirtschaft

Wir können zeigen, dass man „mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann“. Gerade angesichts einer sich eintrübenden Konjunktur ist es ungeheuer wichtig, dass wir Grüne für eine politische Konzeption stehen, die das ökologisch Notwendige mit dem wirtschaftlich Sinnvollen verbinden kann.

Mit dem Fraktionspapier und den Parteitagsbeschlüssen zum Thema „Grüne Marktwirtschaft“ haben wir aber als Grüne einen weitergehenden ordnungspolitischen Wurf gewagt. Wir haben nun eine Programmatik, die sehr grundlegende Aussagen macht zum Verhältnis von Markt und Wettbewerb auf der einen und staatlichem Rahmen für diese Märkte auf der anderen Seite. Wir brauchen eine selbstbewusste Politik, die den Märkten Regeln setzen kann für ein ökologisches und soziales Wirtschaftsgeschehen, ohne dass sie dauernd in den Markt eingreifen muss. Die Politik muss allerdings sowohl für solche Rahmenbedingungen sorgen, die den Wettbewerb innerhalb sozialer und ökologischer Rahmensetzungen stattfinden lassen, als auch dafür, dass der Wettbewerb auch wirklich existiert und nicht wie bei Bahn und Energie von Monopolen oder Oligopolen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ausgesetzt wird. Voraussetzung dafür ist das Bereitstellen öffentlicher Güter für alle und die bestmögliche Transparenz für wirklich alle Marktteilnehmer. Mit unserem Konzept der Grünen Marktwirtschaft

haben wir eine ordnungspolitische Alternative zum neoliberalen Politikentwurf etwa der FDP aber auch zu einer neoetatistischen Politik der Linkspartei.

Nach meiner Überzeugung müssen wir dieses Konzept weiter ausbauen und offensiver vertreten. Es kann doch nicht sein, dass wir die Wirtschaftspolitik auf ewig als Kompetenzfelder der CDU und der FDP überlassen, obwohl die in der Regel nichts anderes tun, als ihren jeweiligen Lobbys hinterher zu laufen.

### Bildung und Kinder

Grüne Politik im Bundestag ist Politik für Kinder. Dies gilt in Bezug auf die staatlichen Leistungen für Kinder, aber auch was ihren Schutz und ihre Integration angeht. Kinder brauchen gleiche Chancen und das immer wieder. Deshalb ist eine Verbesserung der Chancen- und Zugangsgerechtigkeit zu Bildung und Qualifikation einer der Kernpunkte grüner Politik auf allen Ebenen. Es kann doch nicht sein, dass die Zugänge zu Bildung und damit zu Lebenschancen in unserem Land wieder unsozial verklebt sind. Nach dem Muster: wer aus einem armen Elternhaus kommt hat keine Chance. Bildung ist für uns eine der großen sozialen Fragen. Und schon deshalb ist sie nicht allein Ländersache, ganz egal was die abstruse Föderalismusreform der großen Koalition dabei Widersinniges angerichtet hat. Wir tun in Deutschland zu wenig für strukturelle Reformen des Bildungssystems und wir geben zuwenig Geld aus für Bildung von der Kinderbetreuung über die Schule bis hin zur Forschung und Lehre.

Damit wir nur den OECD Durchschnitt bei den Bildungsausgaben erreichen, müssten jährlich 30 Milliarden Euro zusätzlich ins Bildungssystem fließen.

Wahrlich kein Pappenstil! Doch während die anderen Parteien viel von der Bildung daherreden, haben wir als einzige mit dem Bildungssoli ein Konzept entwickelt, das den notwendigen Aufbruch bei der Bildung auch finanzieren könnte.

## Afghanistan

Afghanistan ist ohne Zweifel das für uns schwierigste Thema dieser Legislaturperiode. Es gab viel Streit, der leider die Gemeinsamkeiten, die alle Grünen verbinden, nur allzu leicht in den Hintergrund drängt. Dabei sind wir uns in den entscheidenden Fragen einig: Weil der US-amerikanisch bestimmte OEF-Einsatz seit dem Irak-Krieg kontraproduktiv geworden ist und die Aufbaubemühungen in Afghanistan konterkariert, haben wir gegen OEF im Bundestag gestimmt. Der ISAF-Einsatz wurde von uns positiver bewertet. Allerdings ist es unerlässlich, dass der Strategiewechsel nicht nur ein Stück vorangetrieben wird, sondern konsequent. Eine Doppelstrategie, der eine Einsatz so, der andere so, ist ein schwerer Fehler der Völkergemeinschaft, weil er unter Inkaufnahme ziviler Opfer, keinerlei Glaubwürdigkeit gegenüber der Bevölkerung in Afghanistan hat. Das gilt natürlich auch für Pakistan und es ist ein unglaublicher Vorgang, dass sich die Bundesregierung bislang nicht zu dem jüngst erfolgten Einsatzbefehl Präsident Bushs erklärt hat, der Einsätze in Pakistan ohne Einwilligung der pakistanischen Regierung beinhaltet. Das ist ein Bruch mit dem Völkerrecht, der von der deutschen Regierung nicht stillschweigend mit legitimiert werden darf.

Grüne sind für einen Strategiewechsel und wir lassen Afghanistan nicht im Stich. Das ist der Leitsatz, an dem

wir uns bei den Abstimmungen über die verschiedenen Mandate orientieren. Strategiewechsel bedeutet, dass die zivile Komponente des Aufbaus in Afghanistan massiv verstärkt wird und nicht durch eine unsinnige militärische Strategie immer wieder zurückgeworfen wird. Die afghanische Regierung muss Schritt für Schritt in die Lage versetzt werden, Aufbau und Sicherheit für die eigene Bevölkerung zu gewährleisten. Der Rückzug der deutschen Truppen kann nicht Hals über Kopf geschehen, sondern im Rahmen einer solchen Strategie der Afghanisierung.

## Ein ganz langes Wahljahr

Ohne Zweifel wird das ein ganz langer Wahlkampf. Die große Koalition wird in diesem Jahr noch viel Unsinn machen. Man muss sich nur den abstrusen Gesundheitsfonds anschauen, den sie zum 1.1. 2009 einführen wollen. Das Ziel die Lohnzusatzkosten unter die 40% zu drücken ist mit diesem teuren Bürokratieinstrument schon mal verfehlt. Die Debatte um die Erbschaftssteuerreform lässt erahnen, dass sie diese wichtige Ländersteuer noch ganz in den Sand setzen.

Wir Grüne sollten den allzu großen Versuchungen widerstehen uns jetzt ein Jahr lang mit Farbspielereien zu beschäftigen. Das ist nicht attraktiv. Dafür wird unsere Partei nicht gewählt. Wir werden unsere Inhalte in den Vordergrund stellen und mit Leidenschaft dafür kämpfen. Eine Partei, die weiß was sie will und die eine klare Sprache spricht, so dass die Leute wissen was sich ändert, wenn wir regieren. Das ist attraktiv. Dafür steht die Landesgruppe der baden-württembergischen Grünen im deutschen Bundestag. Die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern natürlich auch.



## Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss



### Mit Finanzpolitik grüne Ziele durchsetzen

Seite 31

Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Verbraucherschutz: Themen, die wir Grüne vorangebracht haben. Themen, mit denen wir uns profiliert haben. Und mit Finanzpolitik haben sie scheinbar wenig zu tun. Finanzpolitik isoliert zu betrachten, halte ich jedoch für einen Fehler. Ihre sinnvolle Verknüpfung mit Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzpolitik ist die Herausforderung, der ich mich als finanzpolitischer Sprecher gestellt habe. Ich habe unsere grünen Themen auf die Finanzmärkte übertragen und damit auf ein Politikfeld, das zuvor bei uns eher ein Schattendasein führte.

Auch heute noch wird weltweit viermal mehr Geld in fossile Energien investiert als in Erneuerbare. Wie also soll Klimaschutz gelingen, wenn sich auf den Finanzmärkten nichts ändert? In Deutschland gibt es Hunderttausende Menschen, denen die Banken ein Girokonto verweigern, das bei Job- oder Wohnungssuche aber vorausgesetzt wird. Wie also kommen überschuldete Menschen wieder an Job und Wohnung, wenn es keinen Anspruch auf ein Girokonto gibt?

Über drei Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet. Besonders bitter ist, wenn Menschen das Geld, das sie mühsam fürs Alter zur Seite legen, in schlechte Finanzprodukte investieren oder Betrügern auf dem Leim gehen. Verbraucherschutz bei Finanzprodukten ist präventive Armutsbekämpfung.

In der Steuerpolitik ging es mir darum, auf aktuelle Fragen wie das Auseinanderdriften der Gesellschaft oder die jüngeren Entwicklungen auf den Finanzmärkten neue grüne Antworten zu geben, die für die nächste Legislaturperiode tragen. Ich meine: So kann Finanzpolitik das grüne Profil schärfen.

Als einer der wenigen neuen Abgeordneten in dieser Fraktion sah ich es als meine Aufgabe an, manches in Frage zu stellen und neue Ansätze einzubringen.

Vier Seiten für drei Jahre: Das ist ehrgeizig. Ich werde also einzelne Projekte auswählen. Alles Weitere findet Ihr unter [www.gerhardschick.net](http://www.gerhardschick.net). Viel ist passiert – und es ist deutlich geworden, dass vieles noch passieren muss. Auch diese Erkenntnis zählt für mich zu einer Bilanz.

### *Die Finanzmärkte als Hebel für den Klimaschutz*

Allein in Deutschland sind 4,5 Billionen Euro investiert – aber nur zwei Prozent davon in „grünen“ Anlageformen, bei denen ökologische, soziale oder ethische Kriterien berücksichtigt werden. Grüne Marktwirtschaft sieht anders aus. Um sie voranzubringen, sind Information und Überzeugung auf der einen und gesetzliche Regelungen auf der anderen Seite notwendig. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand und der BAG Wirtschaft und Finanzen habe ich zu diesem Thema eine erfolgreiche Konferenz „Grün zahlt sich aus“ in Frankfurt auf den Weg gebracht. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Finanzbranche sowie Umweltexpertinnen und -experten kamen dort mit uns in Kontakt und unterstützten meine Forderung, dass „Nachhaltigkeit am Bankschalter ankommen“ muss.

Aber nicht nur Anlegerinnen und Anleger sitzen am Hebel der Finanzmärkte – auch der Staat. Gemeinsam mit Hans-Josef Fell habe ich mich für die Einführung eines Fonds „Ökowandel“ stark gemacht, in den die Atomwirtschaft ihre Rückstellungen einzahlen muss. Diese rund 30 Milliarden Euro sollen nicht mehr in Atomkraft, sondern in erneuerbare Energien und in Energieeffizienz investiert werden. Das ist die ökonomische Seite des Atomausstiegs. Außerdem ist es an der Zeit, dass die öffentlich-rechtlichen Banken endlich auf Grün schalten. Das will ich gemeinsam mit grünen Vertreterinnen und Vertretern in den Verwaltungsräten der Sparkassen vorantreiben.

## Um-Steuern

Noch immer setzt unser Steuersystem zu oft die falschen Anreize. Mit einer Brennelementesteuer will ich die unberechtigten Zusatzgewinne der Atomkonzerne abschöpfen, die durch den Emissionshandel entstehen – immerhin drei Milliarden Euro jährlich. Gemeinsam mit Winne Hermann habe ich mich dafür engagiert, die Dienstwagenbesteuerung an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu koppeln, um hier Privilegien abzubauen und ein wirksames Instrument für einen Wandel in der Automobilindustrie zu schaffen: Wer Spritfresser kauft, muss künftig draufzahlen.

Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass das Steuerrecht auch durchgesetzt wird. Thema Steuerflucht: Damit habe ich mich schon lange vor Zumwinkel & Co. beschäftigt, denn es geht um eine wesentliche Frage von Gerechtigkeit. Dabei kommt mir meine internationale Vernetzung im Tax Justice Network zu Gute. So konnten wir als Fraktion schnell zeigen, was in Deutschland bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung fehlt: Von der Einführung einer Bundessteuerverwaltung über das Stopfen von Gesetzesschlupflöchern bis zum Druck auf Steueröasen. Mit diesen Forderungen werde ich nicht locker lassen.

## Verbraucherinnen und Verbraucher schützen – auch bei Finanzprodukten

Bei Verbraucherschutz denken viele an BSE und Gammelfleisch. Richtig. Aber auch bei manchen Finanzprodukten wäre es gut, die Menschen wüssten, was drin steckt. Denn Finanzanlagen sind mindestens so komplex wie Lebensmittel – und häufig kommen die Bauchschmerzen erst Jahre später. Gerade weil der Staat mehr private Vorsorge fordert und den Bürgerinnen und Bürgern damit mehr finanzielle Eigenverantwortung überträgt, ist dieses Thema so wichtig. Auf meine Initiative hin haben wir damit begonnen, die Lücke im Verbraucher-

schutz bei Finanzprodukten zu schließen. Unser Fraktionsbeschluss „Auf Augenhöhe“ benennt konkrete Instrumente, wie Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen besser informiert und geschützt werden sollen. Und zwar nicht durch lapidare Selbstverpflichtungen, sondern durch Gesetze und bessere staatliche Aufsicht. Dazu gehört auch das Recht auf ein Girokonto und eine bessere Schuldenprävention und -beratung. Hilfreich war bei dieser Thematik die Zusammenarbeit mit Heide Rühle in Brüssel und unserer verbraucherpolitischen Sprecherin Nicole Maisch.

Um diesen neuen Ansatz grüner Verbraucherschutzpolitik bekannt zu machen, habe ich initiiert, dass die Grünen in diesem Jahr als erste politische Kraft überhaupt an der Anlegermesse „Invest“ in Stuttgart mit einem eigenen Stand teilgenommen haben. Dort haben wir zum ersten, aber sicher nicht zum letzten Mal über grünen Anlegerschutz informiert. Überrascht, aber durchweg positiv wurde wahrgenommen, dass die Grünen sich kompetent und konsequent auf die Seite der Kundinnen und Kunden stellen. Auch auf Anbieterseite, bei Banken und Versicherungen, verschafft uns das Respekt.

## Finanzmärkte stabilisieren

Bereits vor Ausbruch der immer noch anhaltenden weltweiten Finanzkrise habe ich mich intensiv mit den internationalen Finanzmärkten beschäftigt. Im Mai 2007, kurz bevor in den USA die ersten Hedgefonds Pleite gingen, fand die Konferenz „Globale Finanzmärkte – Was macht wer?“ mit hochkarätigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Berlin statt, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesverband deutscher Banken. Ich habe die Konferenz konzeptionell begleitet und war einer der Referenten. Schon dort habe ich das System mangelhafter Aufsicht und Regulierung auf den Finanzmärkten kritisiert. Doch zu stark ist der Her-



detrieb auch in der Politik. Es musste erst richtig krachen, bis wichtige Regulierungsmaßnahmen mehrheitsfähig werden. Gemeinsam mit den finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprechern aus den Landtagsfraktionen habe ich zudem Konsequenzen aus der Krise der Landesbanken formuliert: Rückzug der Landespolitik, Konsolidierung auf ein oder zwei Zentralinstitute im Besitz der Sparkassen, aber keine Privatisierung. Denn eine Privatisierung der Landesbanken würde die Sparkassen gefährden.

### Anders Wirtschaften

In einer Grünen Marktwirtschaft darf Wohlstand nicht auf Kosten von Ökologie oder sozialem Zusammenhalt angestrebt werden. Das von mir vertretene Konzept der Klimaschecks, das wir auf der Fraktionsklausur im September 2008 in Miesbach beschlossen haben, ermöglicht allen, an ökologischen Innovationen teilzuhaben und die Energiekosten zu senken. So entsteht zusammen mit dem Energiesparfonds, der öffentliche Investitionen vorsieht, ein ökologisches Konjunkturprogramm, das in Zeiten schwacher wirtschaftlicher Entwicklung über die Energieeinsparung neue wirtschaftliche Impulse gibt.

Wichtig war darüber hinaus in den letzten Jahren die Arbeit an konkreten Aspekten einer „Grünen Marktwirtschaft“, so etwa mit Kerstin Andreae zur Aktionsdemokratie oder mit Omid Nouripour zu einer besseren wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen und Migranten. In der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Fraktion, die ich zu Anfang der Legislatur leitete, entstand unter anderem ein Papier zu den Beschäftigungsmöglichkeiten im Pflegesektor und ein Konzept zur Stärkung der Weiterbildung. Außerdem habe ich mich dafür stark gemacht, dass Politik für kleine und mittlere Unternehmen keine leere Worthülse bleibt: In der Kommission des Bundesvorstands zum Bürokratieabbau haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Zwei Hearings von mir in Mannheim

zur Situation von Selbstständigen sowie Praktika bei Unternehmen haben mir gezeigt, wo die Probleme in der Praxis liegen.

Im Mai 2006 habe ich, damals noch als Sprecher der BAG Wirtschaft und Finanzen, zusammen mit dem Bundesvorstand die Konferenz „Thinking EUconomy“ durchgeführt, auf der wir mit hochrangigen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft aus mehreren Ländern Möglichkeiten zur Koordination europäischer Wirtschaftspolitik diskutierten.

Für mich zählt zur Grünen Marktwirtschaft auch die Neugestaltung der sozialen Sicherung. Obwohl erst ablehnend, habe ich während unserer intensiven Diskussionen zum Grundeinkommen in verschiedenen Kreisverbänden, in der LAG Wirtschaft und Soziales, bei Gewerkschafts-Grün sowie beim Fraktionskongress in Berlin nach und nach verstanden, warum sowohl meine anfängliche völlige Ablehnung falsch war als auch der Vorschlag von Götz Werner. Und ich bin überzeugt, dass wir mit der Grundversicherung für Kinder und einer Mindestrente im Alter Schritt für Schritt eine grundlegende Modernisierung der sozialen Sicherung erreichen können: Einfacher, menschenwürdiger, armutsfest und immer so, dass Anreiz und Chance bestehen, Arbeit aufzunehmen und sich in die Gesellschaft einzubringen.

### Zunächst ungewohnt: als schwuler Abgeordneter unterwegs

Noch im Wahlkampf 2005 rief mich Volker Beck an und fragte, ob man das denn bei mir öffentlich sagen dürfe... Ich habe geantwortet: „Na klar, ich verstecke mich nicht.“ Um hinterher zu merken, was dieser Anruf auch für mich persönlich bedeuten würde. Denn es ist schon etwas anderes, ob das persönliche Umfeld Bescheid weiß oder eine Menschenmenge, vor der man eine Rede hält. Ich merkte, dass bei uns im Landesverband der Kontakt zur

schwul-lesbischen Szene etwas dünn geworden war und nur noch ein paar einzelne Menschen aktiv waren. Ich habe deshalb den Impuls zur Gründung einer Projektgruppe gegeben. So haben wir dann den Kontakt zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wieder aufgenommen und uns auf Landesebene in die Programmarbeit eingebracht. Gemeinsam mit Brigitte Lösch haben wir eine „Homo-Tour“ in Gang gesetzt, bei der wir auf bisher drei Veranstaltungen in verschiedenen Städten auf besondere Problemfelder hingewiesen haben: bei der Polizei, beim Sport, bei Migrantinnen und Migranten.

Hinzu kamen Auftritte auf CSDs, das Engagement für die Gleichberechtigung der Homo-Ehe im Steuerrecht und mein Engagement im Vorstand der Psychologischen Lesben- und Schwulenberatung Mannheim e.V. Und je mehr ich mich damit beschäftigt habe, desto mehr ist mir klar geworden, wie viel noch zu tun ist, bis wir in einem Land leben, in dem Gleichberechtigung nicht nur in Großstädten und in Nischen besteht, sondern unabhängig von Wohnort, Glaube und Herkunft für alle Lesben, Schwule und Transgender.

### *Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar*

Ich war zunächst unbekannt in Mannheim, und Mannheim war auch mir unbekannt. Deshalb habe ich erst einmal zugehört. Ich habe die Besuche im Job-Center, bei Beschäftigungsträgern und bei der Schuldnerberatung, bei Unternehmen, Kammern und Banken, in den Gemeinden von Christen, Juden und Muslimen genutzt, um für meine Berliner Arbeit zu lernen – viel zu lernen. Doch sofort ging es an die Vorbereitung der Landtagswahl und kurz darauf der Oberbürgermeisterwahl – wir konnten jeweils stark zulegen. Ich habe mich dann auf einige Projekte konzentriert, die mehr als einen kurzfristigen Erfolg zum Ziel haben: sie sollen die Menschen für Politik begeistern und an die Partei heranzuführen.

Die Gründung der länderübergreifenden Metropolregion Rhein-Neckar-Pfalz bietet für Mannheim große Chancen. Mein Mandat als Mannheimer Bundestagsabgeordneter verstehe ich deshalb als ein Mandat für die Region. So habe ich ein gemeinsames grünes Programm für die Kommunalwahlen 2009 in der gesamten Metropolregion angeregt und mich mit Wolfgang Raufelder, Uli Sckerl, Theresia Bauer und vielen anderen an die Arbeit gemacht. Erstmals trafen sich daraufhin Delegierte aus 18 Kreisverbänden aus drei Bundesländern. Eine nicht gekannte Zusammenarbeit, die gerade auch für die strukturschwachen Kreisverbände in der Pfalz hilfreich sein kann, sowie eine dauerhafte Vernetzung über die Landesgrenzen hinweg sind die Folge. Und mit dem gemeinsamen Programm sind wir Grünen den anderen Parteien wieder einen Riesenschritt voraus und treiben Wirtschaft und Verwaltung in der Region an. So führen wir Mannheimer Grünen den Kampf gegen das geplante Kohlekraftwerk in Mannheim auch gemeinsam mit Orts- und Kreisverbänden der Grünen aus der Umgebung sowie mit einer Vielzahl freier Gruppen und Initiativen. Noch sind wir nicht am Ziel.

Zur Bilanz gehört auch ein großes Dankeschön: An meine Teams in Berlin und Mannheim und an die vielen Menschen in unserer Partei, die mich weitergebracht haben durch Kritik und fordernde Diskussionen, durch Hinweise oder Kontakte zu wichtigen Gesprächspartnerinnen und -partnern. Gerade bei „schwierigen“ Themen wie Patientenverfügungen oder Auslandseinsätzen war das für mich sehr wichtig.

## **Kerstin Andreae**

Mitglied Wirtschaftsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71480  
Fax 030/227-76481  
kerstin.andreae@bundestag.de  
www.kerstin-andreae.de

Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung)  
Michael Schröter (wissenschaftliche  
Mitarbeit)  
WK: Holger Weber, David Vaulont  
Haslacher Str. 61, Freiburg,  
Tel. 0761/88867-13, Fax -8886714

## **Uschi Eid**

Mitglied Auswärtiger Ausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71575  
Fax 030/227-76233  
uschi.eid@bundestag.de  
www.uschi-eid.de

Mitarbeit: Manuel Hublitz (Afrika), Britta  
Schöffel, Britta Müller (Auswärtige  
Kulturpolitik), Ute Johanna Hartwich  
(Wasserpolitik)  
WK: Astrid Linnemann  
Plochinger Str. 8, Nürtingen  
Tel. 07022/37234, Fax -37321

## **Fritz Kuhn**

Fraktionsvorsitzender  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71897  
Fax 030/227-76896  
fritz.kuhn@bundestag.de  
www.fritz-kuhn.de

Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung),  
Boris Dehler, Sebastian Draeger, Astrid  
Evert, Kathrin Kummerow, Klaus Müller,  
(wissenschaftliche Mitarbeit), Maja  
Nikolovska, Ramona Schiller (Büro)  
WK: Irene Gebauer  
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,  
Tel. 06221/167611, Fax -24908

## **Biggi Bender**

Mitglied Ausschuss für Gesundheit  
und Soziales  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71667  
Fax 030/227-76667  
birgitt.bender@bundestag.de  
www.biggi-bender.de

Mitarbeit: Astrid Spiegel,  
Annette Rausch, Fabian Engelmann  
(wissenschaftliche Mitarbeit)  
WK: Sandra Weber  
Hermannstr. 5a, Stuttgart,  
Tel. 0711/26346177, Fax -6151725

## **Winfried Hermann**

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71949  
Fax 030/227-76399  
winfried.hermann@bundestag.de  
www.winfriedhermann.de

Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt & Verkehr),  
Michael Baumbach (Sport),  
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspolitik)  
WK: Jenny van Heeswijk, Chris Kühn,  
Rümelinstr. 8, Tübingen,  
Tel. 07071/252757, Fax -252559

## **Gerhard Schick**

Mitglied Finanzausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-74535  
Fax 030/227-76656  
gerhard.schick@bundestag.de  
www.gerhardschick.net

Mitarbeit: Kirsten Schiller (Büroleitung)  
Philipp Bohle, Finn Gerlach, Claudia Tober  
(wissenschaftliche Mitarbeit)  
WK: Thomas Hornung, Damian Wiench  
Waldhofstr. 4, Mannheim  
Tel. 0621/4017252 Fax -8469

## **Alexander Bonde**

Mitglied Haushaltsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71691  
Fax 030/227-76991  
alexander.bonde@bundestag.de  
www.alexander-bonde.de

Mitarbeit: Thorsten Arzbach, Sebastian  
Schäfer (wissenschaftliche Mitarbeit),  
Ulrike Paschedag  
WK: Marco Dieterle, Martin Kranz-Badri,  
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,  
Metzgerstr. 13, Offenburg  
Tel. 07641/954545, Fax -954546

## **Sylvia Kotting-Uhl**

Mitglied Ausschuss für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit,  
Mitglied Verkehrsausschuss  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-74742  
Fax 030/227-76742  
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de  
www.kotting.uhl.de

Mitarbeit: Rolf Gramm, Jörg Kaschubowski,  
Nicoletta Salbach,  
WK 1: Inge Behner  
Hauptstr. 41, Neckargemünd  
T: 06223 /866423 Fax -866813  
WK 2: Ulrike Maier  
Sophienstr. 58, Karlsruhe  
Tel. 0721/1518687 Fax -1518690

## Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

Seite 36



Foto: Deutscher Bundestag/Stephan Erfurt

SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit dem Acrobat Reader geöffnet werden. In einer Auflage von 300 Stück gibt es die Ausgabe von Oktober 2008 auch als Druckausgabe. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will, kann sich durch eine Email an [alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de) in den Verteiler aufnehmen lassen. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind auch nachzulesen unter: [www.suedwestgruen.de](http://www.suedwestgruen.de) oder [www.landesgruppe-bawue.de](http://www.landesgruppe-bawue.de). Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein,

wie wir es gerne möchten.

Daher seid Ihr unser wichtigstes Bindeglied nach Hause und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Mehr unter  
[www.gruene-fraktion.de](http://www.gruene-fraktion.de)

*Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag*

V. i. S. d. P. Alexander Bonde MdB  
Redaktion: Ulrike Paschedag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227-71691  
Fax 030/227 76991  
E-Mail: [alexander.bonde@bundestag.de](mailto:alexander.bonde@bundestag.de)  
<http://www.alexander-bonde.de>

Druckausgabe: Auflage 300  
Druck /Bearbeitung: [gerhard@fontaigner.de](mailto:gerhard@fontaigner.de)

Südwest Grün | Oktober 2008

